

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Alempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gießereien und Gütler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 1. November 1890.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reigenstraße 12.

Bekanntmachung

für die eingeschriebenen, sowie die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen.

In Verfolg des Aufrufs zur Beschickung eines Kongresses der freien Krankenkassen macht die unterzeichnete Kommission bekannt, daß der Kongress innerhalb acht Tage nach dem nächsten Zusammentritt des deutschen Reichstags (der wahrscheinlich am 18. November erfolgt) in Berlin eröffnet wird. Die genaue Angabe des Tages der Eröffnung wird den Delegierten zur rechten Zeit mitgeteilt.

Die Vorstände aller freien Krankenkassen werden deshalb aufgefordert, den Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes in öffentlichen oder Mitgliederversammlungen zur Diskussion zu stellen, damit die Mitglieder Stellung zu demselben nehmen und ihre Ansicht über denselben durch Anträge, welche dem Kongress zu unterbreiten sind, kund geben können. Alle Anträge, welche der Kommission rechtzeitig zugehen, werden den Delegierten gedruckt vorgelegt.

Jede Kasse hat nur ein Mandat auszustellen, auch dann, wenn dieselbe mehrere Delegierte sendet; Mandatformulare sind von der Kommission zu fordern.

Die gewählten Delegierten müssen so bald wie möglich bei der Kommission angemeldet werden, damit rechtzeitig für die nötigen Quartiere gesorgt werden kann.

Alle auf den Kongress bezüglichen Anfragen, Anmeldungen, Anträge u. s. w. sind zu richten an L. J. Levinson in Altona, Blücherstraße 21. Durch denselben ist auch das Krankenversicherungs-Gesetz, dem der neue Entwurf gegenübergestellt ist, nebst der Begründung desselben, zum Preise von 30 Pfennig das Stück franko zu beziehen.

Die Kommission:

G. Blume. C. Deisinger.

L. J. Levinson.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, diese Bekanntmachung, wenn möglich, an hervorragender Stelle zum Abdruck zu bringen.

Organisation

der sozialdemokratischen Partei.

Beschlossen auf dem Parteitag zu Halle a. S.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzuteilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 der Parteileitung Mitteilung zu machen.

§ 6. In einzelnen Staaten, in welchen aus geschlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitags muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitags ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitags sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Eröffnung des Parteitags durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1) Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauen-Versammlungen gewählt werden.

2) Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.

3) Die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche

Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

- 1) Entgegennahme des Berichts über die Geschäftstätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten.
- 2) Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
- 3) Die Wahl der Parteileitung.
- 4) Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
- 5) Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

- 1) durch die Parteileitung;
- 2) auf Antrag der Reichstagsfraktion;
- 3) auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einen Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel. Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Tätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so

ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 7 und 11 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens Dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Herr v. Bötticher und die freien Hilfskassen.

Nachdem schon vor einigen Tagen ein kurzer Auszug aus der vom Minister v. Bötticher ausgearbeiteten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz durch die Presse die Kunde machte, der nicht verfehlte, in Arbeiterkreisen peinlichstes Aufsehen zu machen, ist nun der ganze Entwurf im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, die Annahme dieses Entwurfes ist gleichbedeutend mit dem Tod der freien Hilfskassen; es gewinnt förmlich den Anschein, als sei die Novelle zu dem Zwecke ausgearbeitet, den Lebensfaden der Hilfskassen zu unterbinden, jede freie Regelung der Arbeiter auf diesem Gebiete unmöglich zu machen.

Die freien Hilfskassen der Arbeiter sind der sog. modernen Sozialpolitik, welche überall auf Zwang und Schablone gegründet ist, schon von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen. Schon bei dem Invalidenversicherungsgesetz hat man ja die Organisation der freien Hilfskassen ganz außer Betracht gelassen, während die übrigen Krankenkassen, bezw. deren Vorstände, mehrfach an der Verwaltung theilhaftig sind. Bei den Orts-, Fabrikkrankenkassen u. s. sind die Unternehmer verpflichtet, ein Drittel zu den Ausgaben beizusteuern; für die freien Hilfskassen besteht diese Verpflichtung nicht. Ebenso genießen die Ortskrankenkassen das Vorrecht, daß die Beiträge eventuell von den Behörden zwangsweise eingetrieben werden. Auch davon ist bei den freien Hilfskassen keine Rede. Trotz-

dem erscheinenden Herrn v. Bötticher die freien Hilfskassen noch zu sehr begünstigt und die neue Novelle spricht von ungleicher Verteilung von Licht und Sonne zwischen freien Hilfskassen und Ortskassen und von Beseitigung von „Privilegien“, welche die freien Hilfskassen bisher genossen.

Worin bestehen denn nun diese sog. Privilegien? Die freien Hilfskassen hatten bisher das Recht, an Stelle der den anderen Kassen obligatorisch auferlegten freien ärztlichen Behandlung und Arznei ihren Mitgliedern die Hälfte des Krankengeldes zu gewähren. Die Mitglieder der betreffenden freien Hilfskassen sind also nicht an einen bestimmten Vereinsarzt gebunden, sondern können sich selbst den Arzt ihres Vertrauens wählen und denselben aus dem Krankengeld bezahlen.

Nun will die Regierung herausgefunden haben, daß die Hälfte des Krankengeldes noch nicht genüge, um die Kosten für Arzt und Arznei zu bezahlen und die freien Hilfskassen sollen deshalb gezwungen werden, statt des Krankengeldes ebenfalls Arzt und Arznei zu stellen. Welch' warme Fürsorge für den kranken Arbeiter! Uns sind bis jetzt von keiner freien Hilfskasse Klagen über ungenügendes Krankengeld bekannt geworden, und wenn sich irgendwo Mängel herausstellen sollten, so überlasse man doch deren Beseitigung den Mitgliedern selbst, die werden das Richtige schon zu finden wissen. Daß die Hilfskassen bisher schon viel leistungsfähiger waren als die Ortskassen, ist bekannt; so betragen die Beiträge und das Eintrittsgeld für jedes Mitglied der freien Hilfskassen 1887 durchschnittlich 15 M. bzw. 3 M., bei den Ortskrankenkassen 14,9 bzw. 1,6 M. Im Jahre 1888 betragen die Krankheitskosten bei den freien Hilfskassen durchschnittlich 12,44 M., bei den Ortskrankenkassen 10,49 M. Warum nun der Schablone zu Liebe den einzelnen Mitgliedern der freien Hilfskassen das Recht streitig machen, sich den Arzt ihres Vertrauens selbst zu wählen?

Von außerordentlichem Scharfsinn zeigt die Bemängelung der Vorschrift, daß die freien Hilfskassen ihr Krankengeld nach dem ortsüblichen Tagelohn des Ortes berechnen, an dem die Klasse ihren Sitz hat. Verschiedene Hilfskassen hätten nun ihren Sitz nach Orten verlegt, wo der ortsübliche Tagelohn recht niedrig ist, damit sie ein niederes Krankengeld zahlen dürfen!!

Auf den Beweis für diese Behauptung darf man wirklich gespannt sein. Das Krankengeld für jeden Einzelnen soll in Zukunft nach dem Tagelohn des Ortes berechnet werden, an dem er wohnt, so daß also eine über ganz Deutschland verbreitete Klasse für jede Stadt ein anderes Krankengeld zu bezahlen hätte. Ein unerhörter Zustand! Zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Sucht, den Arbeiter um jeden Preis zu bevormunden, führen kann, ist hier klar ersichtlich.

Aber noch in zwei weiteren Punkten soll den freien Hilfskassen ihr Bischofen Freiheit beschneiden werden, und zwar betreffs der Bestimmungen des Austritts aus den Ortskassen und des Eintritts in die freien Hilfskassen. Die Zugehörigkeit zu einer freien Hilfskasse genügt bis jetzt, um den Betroffenen von der Verpflichtung zum Eintritt in die Ortskassen zu befreien. Dieses „Privilegium“ der Hilfskassen muß natürlich fallen. Das Mitglied der Hilfskasse soll in Zukunft „nur auf seinen ausdrücklichen Antrag“, der jedenfalls an eine bestimmte Frist und sonst lästige Bedingungen geknüpft ist, von der Verpflichtung zum Eintritt in die Ortskassen befreit werden!

Ebenso ist's mit dem Austritt aus der Ortskasse. Schon jetzt ist derselbe dadurch erschwert, daß er nur am Schluß des Rechnungsjahres gestattet ist und drei Monate vorher angezeigt werden muß.

Das genügt Herrn von Bötticher noch nicht. Während dem Arbeiter der Austritt aus den Hilfskassen und der Eintritt in die Ortskassen jederzeit gestattet ist, soll zu dem ohnehin schon auf das Jahrende beschränkten Austritt aus der Ortskasse die bloße Abmeldung nicht mehr genügen, sondern derselbe ist von einem ausdrücklichen Antrag auf Entlassung abhängig gemacht! Auf weitere Bestimmungen des Entwurfs kommen wir noch zurück.

So versteht Herr v. Bötticher die „gleiche Verteilung von Licht und Sonne“. Herr von Bötticher hat vor zwei Jahren einer Deputation der Hirsch-Dunder'schen Klassen gegenüber sich gegen den Vorwurf verwahrt, daß er gegen die freien Hilfskassen voreingenommen sei. Man betrachte sein neuestes Werk und man wird ermessen können, wie weit der Vorwurf auf Wahrheit beruht. Doch hoffen wir, daß der Minister diesmal die Rechnung ohne den Wirth gemacht hat und daß sich im Reichstag noch so viel Stimmen zur Verteidigung der ohnehin geringen Selbstständigkeit der Hilfskassen finden werden, um die Novelle zum Fall zu bringen. Sache der Hilfskassen ist es, durch energische Agitation den nöthigen Druck auf die Volksvertreter auszuüben.

Die neueste Leistung der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine.

Der Zentralrath und die Anwaltschaft der deutschen Gewerkvereine wenden sich mit einem langathmigen Flugblatt wieder einmal an die „Deutschen Arbeiter und Handwerker aller Berufe“, um ihnen plausibel zu machen, daß jeder, „dem kein eigenes Wohl und das der Seinen am Herzen liegt“, nicht länger „mit dem Beitritt zum Gewerkverein zögern dürfe, sintermalen die deutschen Handwerker und Arbeiter, die ihre drückende Lage verbessern wollen, überhaupt nichts Besseres thun können, als sich den deutschen Gewerkvereinen anzuschließen“.

Das klingt in der That sehr erbaulich, und wir halten sogar für möglich, daß es unter den Herren Zentralräthen verschiedene gute Leute (aber freilich — verzeihe man das harte Wort! — schlechte Harmoniemusikanten) gibt, die ganz ernsthaft glauben, was sie in ihrem Flugblatt in die Welt hinausposaunen. Doch halt! Kaum ist das böse Wort von den schlechten Harmoniemusikanten unserer Feder entküpft, da thut es uns schon leid. Man soll doch seinen Mitmenschen ihre Schwächen nicht so ganz ohne Schonung in's Gesicht sagen! Zumal wenn es sich um Leute handelt, die, wie es hier thatsächlich der Fall, sich geradezu rührende Mühe geben, in Bezug auf den Fehler, den man ihnen vorwirft, sich zu bessern.

Die Gewerkvereine bestehen, auch nach ihrer eigenen Versicherung im besagten Flugblatt, „verhältnismäßig kurze Zeit“, und wir, die wir ein gutes Gedächtniß haben, können das bestätigen, denn 22 Jahre mögen zwar kleinen Geistern als ein ganz respektabler Zeitraum erscheinen, aber für große Geister, wie z. B. der selige Methusalem oder Ahasver, der ewige Jude, sind wahrscheinlich ein paar Jahrzehnte eine so kläglich kurze Spanne Zeit, daß sie nicht ausreichend scheinen mögen, zuverlässige Erfahrungen zu sammeln und über die eigene Leistungsfähigkeit sich klar zu werden.

Verhältnismäßig kurze 22 Jahre also spielen die Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine alle erdenklichen Harmonie-Instrumente, von der größten Pauke bis zur kleinsten Flöte, und die Freude an der Harmonie ist ihnen in diesem verhältnismäßig kurzem Konzerte immer noch nicht flüchten gegangen. Das schöne Wort von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ findet sich zwar in dem neuen Flugblatt nicht, wahrscheinlich aber nur deswegen nicht, um den Herren „Arbeit-

gebern“ nicht allzu unbeschneiden zu erscheinen. Die zarteste Rücksicht auf die „Arbeitgeber“ schaft nämlich leuchtet zwischen allen Zeilen dieser zentralrätlichen Leistung hell hervor. Zwar kann im ersten Abschnitt desselben das Zugeständniß nicht umgangen werden, daß „der Arbeiter vielfach (!) zum bloßen Werkzeuge des Kapitals herabgewürdigt worden ist“, aber im zweiten Abschnitt wird diese durch das „vielfach“ schon hübsch eingezäumte Beschuldigung wider das verehrte Kapital nach Kräften durch einen energischen Ausfall auf die friedensstörenden Sozialdemokraten wieder gut gemacht. Diese abscheulichen Menschen behaupten bekanntlich, daß, solange die privatkapitalistische Produktion herrscht, die Arbeiter überhaupt — nicht nur der Arbeiter vielfach! — nichts weiter sind, als „das Werkzeug des Kapitals“, und damit um die Herren Zentralräthe inklusive ihres Anwalts — letzterer, wie Jedermann weiß, allem Kapitalismus gegenüber ein Lämmchen weiß wie Schnee! — nicht etwa in den Verdacht der Sympathie mit jenen verdammenswerthen Kapitalistenfeinden kommen, werden diese schlenmigt in ihrer ganzen ungeheuerlichen Lügenhaftigkeit an den Pranger gestellt.

Die Sozialdemokraten behaupten nämlich — nach der Behauptung des Flugblattes! — die Unternehmer arbeiten nicht! — Unerhörte Dreistigkeit in der That! Wer hätte nicht schon einen Unternehmer gesehen, der gearbeitet hätte! Es gibt sogar ganz unzweifelhaft Kommerzienräthe, die in ihren Fabriken die oberste Obergewalt führen und die Berechnung ihres Profits allerhöchsteigeköpfig revidieren. Schade ist nur, daß diejenigen gerade, in deren Verhältnis zu ihrem „werbenden Kapital“ sich das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise am nächsten offenbart — die Herren Aktionäre! — der Arbeit gar so kühl und fern gegenüberstehen.

Zweitens aber behaupten die Sozialdemokraten. Sie — die Unternehmer — saugen die Arbeiter bis auf das Blut aus! Schmeißlich, als ob die Unternehmer leibhaftige Bampyre wären! Daß die Arbeiter im allgemeinen wenn nicht blutarm so doch blutarm sind, ist zwar unbestreitbar, und daß daran der Umstand ihrer Herabwürdigung zum Werkzeug des Kapitals hauptsächlich schuld ist, kann von keinem halbwegs einsichtigen Menschen bestritten werden, aber wenn auch die Unternehmer — stets im Allgemeinen ausgesprochen (Ausnahmen bestätigen die Regel!) — ihre Profitrate nach Möglichkeit vergrößern, während sie den Lohn der Arbeit auf möglichst niedrigem Stande zurückhalten, so saugen sie doch beileibe nicht den Arbeitern, direkt und unbillig gesprochen, das Blut aus. Daß die Herren Kapitalisten solche scheußliche Gelüste ganz bestimmt nicht haben, — ist auch unsere Meinung. Wir fühlen uns sogar so empört durch diese ungeheuerliche Verleumdung: daß die Unternehmer also, — alle, — nicht arbeiten, dafür aber lebendigen Menschen Blut aussaugen, — daß wir Zentralrath und Anwalt der Gewerkvereine auffordern, den Namen jedes Sozialdemokraten, der sich solcher abscheulichen Lüge schuldig gemacht, unbarmherzig der öffentlichen Verachtung Preis zu geben.

Drittens endlich setzen die Herren vom Gewerkverein noch eine sozialdemokratische Behauptung dem tiefen Schatten ihrer Schwarz und Weiß funterbunt untereinander mangelnden Behandlung aus, die Behauptung: „Dem Arbeiter muß der volle Ertrag seiner Arbeit gehören“, und fügen dann, indem sie thun, als ob sie damit den Gipfel sozialdemokratischer Verlogenheit erklommen hätten, die Versicherung hinzu, „daß diese Behauptungen zum guten Theil von der Wahrheit abweichend“. Sollte man solche Rücksicht auf das Bedürfniß der Herren Kapitalisten, sich allzeit einen erheblichen Bruch-

theil des Arbeitsertrages „ihrer“ Arbeiter zu sichern, bei Männern, die das Interesse der Arbeiter zu vertreten behaupten, heutzutage noch für möglich halten? Also: daß dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gebührt, weicht nach den Prinzipien der Gewerkvereine „zum guten Theil von der Wahrheit ab“. Diesen entzündend offenenherzigen Eingeständniß ein Wort der Erläuterung hinzuzufügen, hieße die unübersteigliche Gewalt desselben abschwächen. Wir erlauben uns nur, es in die allerschärfste Beleuchtung zu bringen, indem wir es in eine über jeglichem Mißverständnis erhabene Redeweise übersetzen. Dann lautet der monumentale Satz also: Wahr ist, nach der unzweifelhaften Behauptung des Zentralraths und des Anwalts der deutschen Gewerkvereine, daß der volle Ertrag der Arbeit des Arbeiters zum großen Theile dem Unternehmer gehört!

Wem aber diese Probe von der Art gewerkschaftlicher Arbeitervertretung nicht genügen sollte, dem kann mit noch einer wirksameren Dosis desselben starken Schnupftabaks aufgewartet werden.

Im Schluppassus ihrer ellenlangen Exhortation stehen die Herren in der vollen Größe ihres Muthes und ihrer sozialpolitischen Erkenntniß als Arbeitervertreter auf den Hinterbeinen und orakeln wie folgt: Der Arbeitgeber hat nicht allein das Recht, Lohn, Zeit und die Art der Behandlung der Arbeiter zu bestimmen, der Arbeiter selbst muß bei diesen wichtigen Dingen, wovon Gesundheit, Leben und Existenz abhängen — — — Wir halten ein! Die Seelengröße der Herren Zentralräthe nebst Anwalt überwältigt uns! — wir schöpfen Athem und fragen: Was muß — dem Streben der deutschen Gewerkvereine entsprechend — in Zukunft der Arbeiter da, wo es sich um seine Gesundheit, um sein Leben, um seine Existenz handelt, thun — — — nun, lassen wir's uns von diesen vorzüglichen Arbeitervertretern sagen:

Dem Arbeitgeber muß er das Recht lassen, über seinen, des Arbeiters, Lohn, seine Zeit und Behandlung zu bestimmen, aber nicht ganz allein — bewahre! Das geht natürlich nicht mehr in unserer großen Zeit, in welcher sogar über die Frage der Behandlung der Kettenhunde Thierschutzvereine ein Wortchen mitzusprechen haben — jetzt muß ganz energisch verlangt werden, daß der Arbeiter selbst nicht mehr als todte Sache behandelt werde, sondern mit berathen darf und mitthaten!

Lieben, was willst Du noch mehr?! Das ist fürwahr ein unübertreffliches Rezept zur Heilung der sozialen Krankheit! Wenn irgend ein „Arbeitgeber“ diesem Rechte der Arbeiter, mitzurathen und mitzuthaten, „rücksichtslos widerstreben“ sollte, so würde selbst die Milch der frommen Denkart bei den Gewerkvereinen überlaufen, und sie würden zu der gesetzlichen Waffe der Arbeitseinstellung greifen, aber wer könnte solchen Schälmeien des Hirsch-Dunder'schen Harmoniekonzertes widerstehen — es handelt sich ja nur um ein klein wenig mitrathen und mitthaten — taten, täten, tuten. Und wenn das in der kurzen Spanne der nächsten 22 Jahre auch wirklich nur ebensoviele nützen sollte, als in der verhältnismäßig kurzen Zeit der bisherigen Bestehens der Gewerkvereine, nämlich in allem irgend Wesentlichen gar nichts, — so würden die Hirsch-Dunder'schen, oder doch sicherlich wenigstens die Herren Zentralmagazine der Gewerkvereins-Weisheit und die in ihrem Anwalt verkörperte Einfalt aus dem Harmonielande noch immer nicht dahin gekommen sein, wo ihre ebensowohl an Mitgliederzahl wie an ökonomischer Einsicht ihnen unendlich überlegenen Vorbilder — die Trades-Unions in England — mit ihren Kerntruppen jetzt glücklich angelangt sind, nämlich an der Seite

der Sozialdemokratie als Streben- und Kampfgenossen.

Der nächste internationale Arbeiter-Kongress.

Es ist bezüglich des Einberufungsmodus, der Zeit, des Orts u. s. w. zu einer Verständigung gekommen, die zwar noch nicht definitiv ist, jedoch unzweifelhaft definitiv werden wird. Hiernach wird das von dem Pariser Kongress ernannte Schweizer (Zürcher) Exekutiv-Komitee, welches das Mandat erhalten hat, den nächsten Kongress nach der Schweiz oder nach Belgien zu berufen, unter Vorbehalt seiner Rechte, sich mit dem Generalkath der belgischen Arbeiterpartei, dem der Possibilisten-Kongress das Mandat zur Einberufung eines internationalen Kongresses erteilt hat, dahin einigen, den nächsten internationalen Arbeiter-Kongress gemeinschaftlich einzuberufen, und zwar nach Brüssel. Zu dem Kongress, welcher am 16. August des künftigen Jahres (1891) zusammenzutreten soll — voraussichtlich auf acht Tage — werden alle Arbeitergruppen und Arbeiterorganisationen der Welt eingeladen werden. Die Mandatsprüfung findet durch den Kongress statt, der in diesem wie jedem anderen in den Kreis seiner Wirksamkeit gehörigen Punkt souverän ist. Alle für den Kongress bestimmten Berichte sind, auf Kosten der betreffenden Länder und Organisationen, dem Kongress gedruckt vorzulegen, und zwar in drei Sprachen: deutsch, französisch und englisch. Die Zahl der Berichte ist nicht beschränkt, jedoch darf keiner derselben im Original den Raum eines Druckbogens (16 Oktavseiten) übersteigen. Das Einberufungs-Komitee wird in kürzester Zeit (spätestens binnen drei Wochen von jetzt an) die Tagesordnung des Kongresses den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen vorzulegen. Voraussichtlich wird dieselbe — natürlich unbeschadet des souveränen Entscheidungsbereichs des Kongresses — folgende Punkte umfassen: 1) Stand der nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung und Besprechung der Mittel, dieselbe zu erweitern und wirksam zu machen. 2) Schutz und Sicherung des Koalitionsrechts. Die gewerkschaftliche Bewegung, Streiks und Boykotts vom internationalen Gesichtspunkt. 3) Die Stellung und die Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus. Die Einberufer werden sich die Erfahrungen des letzten Kongresses in jeder Weise zu Nutze machen. Abgesehen von der vorstehend bereits mitgetheilten Bestimmung, daß die Berichte dem Kongress gedruckt in den drei Kongresssprachen vorzulegen sind, ist auch Sorge getragen, daß das internationale Uebersetzungsbureau in wirksamster Weise organisiert werden wird, und zwar schon vor Zusammentritt des Kongresses — daß ferner der Kongress eine eigene Druckerei zur Verfügung haben wird — kurz, daß der Kongress nach jeder Richtung hin in den Stand gesetzt ist, seine Aufgaben möglichst glatt und gründlich zu erledigen.

Ueber die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu Streiks und Boykotts

wurden auf dem Kongress zu Halle folgende Verhandlungen gepflogen: Referent Klotz-Stuttgart: Es dürfte zweckmäßig sein, daß der Parteitag Stellung zu den Streiks und Boykotts nimmt. Sind Streiks und Boykotts berechtigt? Ein Blick auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gibt uns Aufschluß, ob die Streiks notwendig oder das Werk von Hebern sind. Der Arbeitsvertrag, der ein Kaufvertrag sein soll, ist ihm doch nicht gleich. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und Quantität zu dem Preise haben, sondern der Verkäufer wird den Preis bestimmen. Es wäre gerech-

fertigt, wenn auch der Arbeiter den Preis seiner Waare, der Arbeitskraft, bestimmte. Statt dessen thut es der Käufer, der Kapitalist.

In einem gesunden Gesellschaftsverhältnis muß die Gesellschaft die einzelnen Glieder erhalten, und die Glieder ihre Arbeitskraft für die Gesellschaft leisten. Heute hat die Gesellschaft auch die Verpflichtung, für alle ihre Glieder zu sorgen. Wenn wir die Arbeit des Einzelnen als Leistung an die Gesellschaft betrachten, so ist der Lohn die Leistung der Gesellschaft an die Arbeiter, der sie in den Stand setzen soll, sich, ihre Frauen und Kinder zu erhalten. Der Lohn reicht aber thatsächlich hierzu nicht aus, geschweige denn um die Invaliden der Arbeit zu erhalten. Sind Einrichtungen vorhanden, welche diesen Lohnausfall ersetzen? Nein, die Alters- und Invaliden-Versicherung erfüllt diese Pflicht nicht.

Was liegt das? Der Unternehmer ist nicht Repräsentant der Gesellschaft, sondern seines Geldbeutels. Er weiß wohl, daß, wenn er eine Maschine nicht mit Dampf versorgt, sie nichts leisten kann. Gegenüber der menschlichen Arbeitsmaschine hält er es nicht für nöthig. Er baut wohl dem Pferde einen noblen Stall, damit es nicht erkrankt; um die Arbeiterwohnungen aber kümmert er sich nicht. Menschliche Arbeitskraft findet er täglich auf der Straße.

Allein nicht nur, daß der Kapitalist nur den Preis zahlt, den ihn der Arbeitsmarkt zu zahlen zwingt, er geht rücksichtslos vor, wenn ihm der Lohn, den er zahlt, zu hoch vorkommt. Es wird einfach abgezwickelt.

Haben sich die Verhältnisse nun so verschlimmert, daß der Arbeiter vom Lohne nicht leben kann, was bleibt ihm übrig, als, wenn alle anderen Versuche fehlschlagen, zu der Waffe des Streiks zu greifen, um den Unternehmer zu Lohnreduzierungen zu zwingen oder sich gegen Lohnreduzierungen zu verteidigen? Jeder Abwehrstreik ist berechtigt.

Wenn durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel, durch Viehsperren das Fleisch vertheuert wird, dann ist der Arbeiter berechtigt, sich gegen die Herabdrückung seiner Lebenshaltung zu wehren und um Lohn-erhöhung zu streiken.

Das Sparen wird als Lösung der sozialen Frage empfohlen, der Kuli als Minister hingestellt. Die so rathen, haben keine Ahnung von unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Es beruht unsere ganze Produktion auf Massen- Herstellung und Massen-Verbrauch. Unsere Gesellschaft würde zusammenbrechen, wenn dieses Kuli-Ideal verwirklicht würde. Statt das Strecken nach der Decke zu empfehlen, rathen wir, die Decke der Körperlänge anzumessen. Was thun die Arbeiter? Sie wollen die Lohnbede ihren Verhältnissen anpassen. Geht der Unternehmer hierauf nicht ein, so bleibt dem Arbeiter nichts übrig, als zu streiken. Nicht nur der Abwehr- auch der Angriffstreik ist berechtigt.

Wenn es mit Boykotts. Wenn den Arbeitern es unmöglich gemacht wird durch Saalabtreibung z. B. ihre Wahlversammlungen abzuhalten, weshalb sollen sie das Mittel der Boykotts verwenden?

Aber nicht nur die prinzipielle, auch die taktische Seite der Frage muß berücksichtigt werden. Gegen das Uebermaß im Streiken müssen wir uns wenden. Es wird leider gar zu oft Mißbrauch mit ihnen getrieben. Die Streiks haben in den letzten Jahren sehr zugenommen; in den weitaus meisten Fällen ihren Zweck aber verfehlt. Die Gründe waren zu starker Zuzug, Indifferenzismus und mangelnde Unterstützung. In 40 Orten Deutschlands wollten beispielsweise die Tischler in diesem Frühjahr streiken. Durch Organisation ist es gelungen, die Streiks in den meisten Orten zu verhindern. Auch ohne Streiks gelang es, kleine Vortheile zu erringen.

Wie kann nun vorgegangen werden, wenn man den unvorsichtigen Umständen entgegenzutreten will? Die vielen Streiks der organisierten Arbeiter sind mit einem Erwachen aus dem Schlafe zu vergleichen, wo der Erwachende noch nicht recht weiß, wo er sich eigentlich befindet. Das unvorhergesehene Vorgehen ist die Ursache für die Niederlagen bei Streiks. Hierzu kommt die Unkenntnis der Geschäftslage.

Auch das Verhalten der Behörden ist häufig ein Hemmschuh. Die Arbeiterorganisationen werden verfolgt, die Unternehmerorganisationen gepflegt. An die schwarzen Listen stößt sich keine Behörde. Sperren aber die Arbeiter eine Werkstatt, dann wird der § 153 hervorgeholt. Denken wir an die Vorgänge in Hamburg. Als die Unternehmer dort beschloßen, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der einem Fachverein angehörte, fand kein Staatsanwalt etwas darin. Ja, die Kaiserin der Vereine wurden verhaftet, die Klassen beschlagnahmt, und die Männer gleich gemeinen Verbrechern, die Nummer auf der Brust, photographirt. — So hemmen die Behörden die Fachvereine.

Es wird an zu vielen Orten zugleich ge-

streikt, deshalb läßt sich der Zuzug nicht verhindern. Wir haben die Streiks im Prinzip anerkannt, müssen aber die Taktik ändern. Erst dann dürfen Streiks inszenirt werden, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind.

Seit Jahren ist es in den Kreisen der Genossen leider üblich, die fachgewerbliche Bewegung über die Kasse anzusehen. Sie ist sogar als Humbug bezeichnet worden. Dadurch ist das Wachstum der Partei verzögert worden. In der That sind viele Genossen erst durch die fachgewerbliche Bewegung zur Partei gekommen. Das Hemd ist eben dem Menschen näher als der Rock; die Agitation um bessere Lohnbedingungen näher, als die um politische Ziele.

In den letzten Jahren hat die fachgewerbliche Bewegung sehr an Boden gewonnen und die Massen zum Klassenbewußtsein erregt. Daher Februarerfolg. Wir müssen dafür sorgen, daß erst dann mit Streiks und Boykotts vorgegangen wird, wenn eine kräftige Organisation vorhanden ist.

Welche Art der Organisation ist die zweckmäßigste, die lokale oder die zentrale? Gegen die letztere ist hervorgehoben worden, daß sie keine Politik treiben dürfe und deshalb der Verschumpfung anheimfalle. Das ist nicht der Fall, wenn die Genossen sich an diesen Organisationsarbeiten betheiligen. Welchen sie fern, so kann aus Mangel an Anregung freilich eine Verflachung eintreten.

Die lokale Organisation wird mit Argusaugen betrachtet. Drei Lokalorganisationen in Erfurt sind unter Auflage wegen „Verbindung“ gestellt worden, weil sie eine gemeinschaftliche Herberge errichtet hatten.

Die Zentralorganisationen sind zu empfehlen, weil sie die Agitation zur Aufklärung der Massen am besten betreiben kann. Die lokale Organisation hat kein Interesse daran, daß in einer andern Stadt eine Organisation entsteht (V), weil sie nicht mit ihr in Verbindung treten kann. Eine Zentralorganisation ist viel eher in der Lage, Gelder für die Agitation aufzubringen. Man bietet zwar alles mögliche auf, die Zentralorganisationen als Versicherungsgesellschaften erklären zu lassen, um sie dementsprechend behandeln zu können. Aber die Hindernisse sind zu überwinden. Wenn die Genossen überzeugt sind, daß die Organisationen der Sache nützen, sollten sie ihnen nicht entgegenarbeiten. Für die fachgewerbliche Organisation müssen wir wirken. Die Indifferenten müssen aufgerüttelt und das Klassenbewußtsein geweckt werden; so kommen sie zur Sozialdemokratie. Sind die Arbeiter organisiert, so wird ihnen manche Forderung ohne Streik bewilligt und ist ein Streik dann notwendig, dann ist er siegreich.

Rein Parteitag hat bisher zu der Frage Stellung genommen. Die höchste Stelle unseres Parteilebens muß aussprechen, was sie von den Streiks und Boykotts hält. Ich empfehle Ihnen die Annahme folgender Resolution: „Der Parteitag erklärt: Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herab zu drücken, sind Streiks und auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal um die auf ihre materielle und politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.“

„Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zu unrechter Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen, als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern, sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.“

„Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.“

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.“ (Lebhafter Beifall.)

Wolff-Gotha: Wenn wir unter dem So-

zialistengesetz die gewerkschaftliche Organisation und Agitation nicht so fördern, wie es der Fall sein sollte, so lag dies daran, daß unsere ganze Zeit und Kraft durch den politischen Kampf in Anspruch genommen war. Aber die Regierung und Polizei verfolgte auch die gewerkschaftliche Bewegung, ebenso wie die politische. Sie wagte es ebenso gut, wie wir, daß die Gewerkschaften einen Vortheil für die politische Bildung der Arbeiterklasse darstellen. Unsererseits kann und muß nun mehr geschehen. Es sind dabei aber einige Rückschlüsse zu geben. Mit Recht ist heute Morgen darauf hingewiesen worden, daß man mit einer antivoluntaristischen Agitation starken Bevölkerungsklassen vor den Kopf stoße. Das ist nun ebenso in der Gewerkschaftsagitation der Fall, wenn diese sofort politisch und radikal auftritt. Es muß darauf antworten, die große Masse der schlecht unterrichteten, der indifferenten Arbeiter heranzuziehen, und das geschieht durch eine verständige, sich zunächst an das eigene Interesse der Kollegen wendende Agitation. Das politische Verhältniß aufzuheben, dazu dient namentlich die Fachpresse. Dieser steht das unbeschränkte Recht zu, politische Fragen zu behandeln, den Sozialismus zu entwickeln und zu begründen; die zentralistischen Vereine haben dieses Recht gesetzlich nicht. Die Hauptaufgabe ist immer die Gewinnung der Indifferenten, der möglichst großen Zahl. (Beifall.)

Lenz-Remscheid: Manche Streiks mißlingen, weil übermäßig viel gefordert wird. Aus solchen Gründen ist der Hamburger Maurerstreik verloren worden.

Horn-Obbau empfiehlt die Annahme der Resolution Klotz-Grillenberger.

Mollenhuth: Der Streik als Mittel, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, ist immer zu billigen. Wie der Arbeitgeber die Waare, Arbeit, billig zu kaufen sucht, so ist der Arbeiter bestrebt, diese Waare möglichst theuer zu verkaufen. Das liegt einfach in der Natur der Sache und kann nur von einem Unvorsichtigen getadelt werden. Es kommt nur auf die Zweckmäßigkeit, auf die Aussichten an. Mit dem Boykott ist es etwas anderes. Der Boykott gegen Lokale, um deren Fergabe zu politischen Versammlungen zu erzwingen, ist durchaus berechtigt. Dagegen muß der Boykott gegen die Angehörigen eines Berufes, um dieselben zum Anschluß an die Partei zu bewegen, mißbilligt werden. (Beifall.)

Wilschke-Berlin bespricht die Einrichtung der Berliner Streik-Kontrollkommission. Kling und vernünftig angewendet, ist der Boykott eine vorzügliche Waffe.

Behr-Berlin: Die gewerkschaftliche Organisation ist nach Kräften zu unterstützen. Folgende Resolution ist eingebracht:

„In Erwägung, daß durch die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetzgebung es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisiren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen, und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.“ (Lob-Beifall, Wolff-Gotha, Segh-Fürtig, Barth-Berlin, Glomke-Bielefeld, Drubns-Dremen, Fritz Berndt-Berlin.)

Zubeil-Berlin bittet, auch die Organisationen der Arbeiterinnen zu stärken und sie, wo sie noch nicht bestehen, ins Leben zu rufen. Nebner empfiehlt, einen entsprechenden Zusatz den Resolutionen einzufügen. Weiter tritt er für Zentralorganisationen ein. Er protestirt entschieden gegen die Ausführungen von Lenz-Remscheid, als sei der Streik in Hamburg verloren gegangen, weil zu viel gefordert worden wäre.

Sarburg-Potsdam: Die Waffe des Boykotts darf nicht zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz politischer Gegner benutzt werden.

Wille-Braunschweig: Nicht die Form, der Geist in der Organisation ist die Hauptsache. Falsch ist, was Klotz sagte, daß die Lokalorganisation kein Interesse daran habe, daß in anderen Städten Lokalorganisationen gegründet werden. Der einzelne Verein kann es zwar nicht veranlassen, wohl aber eine öffentliche Versammlung gewählte Agitationskommission. Die Form der Zentralorganisation bietet dem Staatsanwalt viel mehr Angriffspunkte, als die lokale. Die Verbindung, die Zentralisation, wird doch hergestellt durch die Gewerkschafts-Presse. Ueberlasse man die Art der Organisation den einzelnen Gewerkschaften; Sorge man dafür, daß sich jeder einer Organisation anschließt. Die Möglichkeit, politische Thematika auch nicht ausschließlich in den Gewerkschaften zu erörtern, möchten wir uns nicht gern nehmen lassen.

Das Schlusswort hat Grillenberger: Werthe Genossen! Die Darlegungen des

Freundes Kloß waren eingehend genug. Aus der Versammlung wurde so gut wie kein Widerspruch laut. Ich kann mich daher kurz fassen. Ueber die Form der gewerkschaftlichen Organisation ist viel geredet worden, obgleich diese Frage nicht hierher gehörte: das wird Sache der Gewerkschaftskonferenz und des nächsten Gewerkschaftskongresses sein. Die ökonomischen Kämpfe werden — das ist meine feste Ueberzeugung — jetzt eine ganz andere Form annehmen. Seitdem das Sozialistengesetz gefallen ist, müssen sich die Unternehmer anders einrichten. Die Zeit ist vorbei, wo mit dem Sozialistengesetz alles todgeschlagen wurde, was dem Willkür die Ruhe rührte. Und wo das Sozialistengesetz nicht ausreichte, wurde das Vereinsgesetz, oder die bekannte Bestimmung über die Versicherungs-Gesellschaften gegen die Organisationen angewendet.

Jetzt kann man nicht mehr mit einem politischen Federstrich die Organisationen beseitigen. So beginnt das Unternehmertum zentralisierte Verbände der ganzen Branche zu errichten, welche gegen die Arbeiter die Jägerkur antreiben, um das Koalitionsrecht lahmzulegen.

Demgegenüber ist es direkt falsch, daß die Partei nicht schon längst Stellung genommen hat. In unseren Händen ruht die Vertretung der ökonomischen Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse ebenso gut, wie ihrer politischen.

Man hat uns nachgefragt, wir wollten durch Aufhebung zum Streiken die Lage der Arbeiter absichtlich verschlechtern, damit die radikal Gewordenen und Verzweifelten sich der Sozialdemokratie in die Arme würfen. Das ist nichts, als eine böshafte Verleumdung.

Die Streiks werden von uns nicht künstlich hervorgerufen und nicht künstlich aufgehalten, sie sind eine gesellschaftliche Nothwendigkeit, die bei dem Uebermuth der Unternehmerrasse vielleicht in Zukunft häufiger auftreten wird, als uns selbst lieb ist.

Die Waffe des Boykotts muß noch sorgfältiger angewendet werden, als die des Streiks. Vollberechtigt ist sie, wenn sie gegen Wirthe angewandt wird, die den Arbeitern durch Verweigerung ihrer Lokale zu Versammlungen die politischen Rechte beschneiden. Als kändiges Institut sie aber in das gesellschaftliche Leben zu übertragen, wäre verderblich für unsere Partei.

Ich erinnere Sie an den Mißerfolg des großen Verboykotts in Berlin. Von vornherein sagten sich die Genossen in der Provinz, daß es ein Unthun sei, die kapitalkräftigen Aktiengesellschaften der Braundustrie wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Differenz mit ihren Arbeitern mit dem Boykott eines wichtigen Volksnahrungsmittels bekämpfen zu wollen. Ein Sieg war von vornherein unmöglich. An diesem Mißerfolg in Berlin war die Fraktion unschuldig.

In den Preßorganen des Unternehmertums ohne Unterschied der Parteilichung wird fortgesetzt gegen die Arbeiter gehetzt, ihre bescheidenste Lohnforderung verdächtigt. Besonders gefährlich zeigt sich die national-liberale Presse. Alle bürgerlichen Parteien sind in dieser Beziehung die reine reaktionäre Masse.

Wir müssen diesen Verdächtigungen gegenüber offen auftreten und Streiks und Boykotts für berechtigt zum Angriff und zur Abwehr erklären.

Unsere Waffen gegen die gewaltigen Machtmittel des Unternehmertums sind die Solidarität und die Zusammenfassung der großen Massen.

Mit allen Mitteln werden unsere Organisationen bekämpft.

Sehen sich die Arbeiter genöthigt, zum Boykott zu schreiben, so wendet man in Sachsen den großen Unfugparagrafen gegen sie an. In den schwarzen Listen, in den Verurtheilungen der Unternehmer findet man nichts, obgleich sie doch auch eine Boykottirung darstellen.

Theilnehmer an Streiks, die ohne Innehaltung der Kündigungszeit ausbrechen, werden verfolgt auf Grund des Paragraphen 110 des Strafgesetzbuches wegen Ungehorsam gegen die Gesetze. Aber nie hat man gehört, daß die Unternehmer angeklagt werden, wenn sie die Alfordbäche verkürzen und Feiertage willkürlich eintreten lassen.

Das schönste hat das Gericht in Lübeck geleistet. Dort hat man den Vorstand eines Fachvereins wegen Verletzung von 6 Monaten resp. 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er einen Fabrikanten durch die Androhung einer Sperre gezwungen hat, eine beschnittenen Lohnherabsetzung zu unterlassen. Und das Reichsgericht hat dieses Urtheil bestätigt. (Kasse der Entrüstung).

Mit Zwergorganisationen und Zentralorganisationen ist den gewaltigen Koalitionen des Unternehmertums gegenüber nichts geholfen. Die Massen der Arbeiter müssen zu gewaltigen Verbänden zusammengebaut werden. Zum Glück schädigt der Konkurrenzneid die Einigkeit der Unternehmer, deren Kapitalmacht sie sonst in

den Stand setzt, es viel länger beim Streik auszuhalten, als die Arbeiter. Deshalb müssen die Arbeiter mit allen Mitteln die gewerkschaftliche Organisation fördern. Wir müssen große Organisationen nach englischem Muster bilden. Die englischen Gewerkschaften stützen sich als Branchenvereine bestehen. Alle Bauarbeiter, alle Maschinen- und Metallarbeiter müßte z. B. ein Verband umschließen. So wird sich in Zukunft der Kampf gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Auf die Dauer ist eine gezielte Entwicklung der Organisation unmöglich, wenn in den großen Städten beispielsweise in einer Gewerkschaft für den stündigen Arbeitstag agitiert wird, während in der Provinz in demselben Gewerke nach 12, 14, ja 16 Stunden täglich gearbeitet wird. Hier muß erst ein annähernder Ausgleich herbeigeführt werden.

Die Agitation muß hinaus auf das Land, in die Provinz! Dazu ist jetzt die beste Zeit. Wir sind in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges. Wir müssen uns auf die Abwehr einrichten.

Fördern wir überall die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen. Nehmen Sie die Resolution an, handeln Sie aber auch, wenn Sie nach Hause gekommen sind, darnach! (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Kloß-Grillenderger wird einstimmig angenommen; ebenso die Resolution Glocke.

Ueber die deutsche Arbeiterpresse

machte der Abg. Bebel auf dem Parteitage zu Halle folgende interessante Mittheilungen. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes bestanden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenstand derselben ist nie genau festgestellt worden, er mag aber 160 bis 170,000 nicht abzurufen haben. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal und 13 wöchentlich einmal. Diese gesammte Presse wurde nach Verhängung des Sozialistengesetzes vollständig vernichtet. Die gegenwärtig vorhandene Presse ist also erst unter dem Sozialistengesetz entstanden und hatte bei Ablauf desselben, Ende September, folgenden Stand:

Es erschienen: wöchentlich sechsmal 19 Blätter, welche zwischen 30,000 und 1100, im Ganzen 126,400 Abonnenten hatten, wöchentlich dreimal 25 Blätter, welche zwischen 9000 und 250, im Ganzen 58,000 Abonnenten hatten, wöchentlich zweimal 6 Blätter, welche zwischen 6000 und 450, im Ganzen 14,850 Abonnenten hatten, wöchentlich einmal 10 Blätter, welche zwischen 14,500 und 1000, im Ganzen 60,850 Abonnenten hatten. Insgesamt also 60 politische Blätter mit 254,100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftspresse war folgender:

Es erschienen: wöchentlich einmal 17 Blätter, von welchen eins 27,000, das zweite 16,000 (18,000!) das dritte 15,000, das vierte 12,500, das fünfte 11,000, das sechste 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 155,350 Abonnenten. Monatlich zweimal bezw. dreimal 2 Blätter mit zusammen 4400 Abonnenten, alle 14 Tage bezw. monatlich zweimal 20 Blätter, welche zwischen 6000 und 400, im Ganzen 39,750 Abonnenten hatten, monatlich einmal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten. Insgesamt 41 Blätter mit 201,600 Abonnenten.

Zu den angeführten Blättern kamen weiter: eine wissenschaftliche Zeitschrift, die monatlich erschien und 2500 Abonnenten hatte, ein Unterhaltungsblatt, wöchentlich erscheinend, mit 19,000 Abonnenten und zwei Wochblätter mit über 100,000 Abonnenten.

Insgesamt hat also die deutsche Arbeiterpresse ca. 600,000 Abonnenten. Mehrere Blatverwaltungen haben der Aufforderung, den Abonnentenstand ihrer Blätter mitzutheilen, nicht Folge geleistet und konnten in der obigen Aufstellung nicht berücksichtigt werden.

Gerichts-Zeitung.

Prohung mit Strich als Expres. sion angesehen. Vom Landgericht Lübeck sind am 24. Mai der Holzarbeiter Johann Gottfried Bull wegen Verletzung in zwei Fällen zu 6 Monaten und vier weitere Arbeiter wegen desselben Vergehens in einem Falle zu je 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Diese Verurtheilung verdient um deswillen besondere Beachtung, weil bei der geüblichen gewöhnlichsten Koalitionsfreiheit dasjenige, was die Angeklagten gethan, gewöhnlich für unbedenklich und nicht strafbar gehalten wird. Die Angeklagten waren in der Sägemaße von S. u. K. in Lübeck beschäftigt bei einem täglichen Lohne von M. 1.50, und zwar hatten sie sich der Verbindung gefügt, daß sie von den Vorarbeitern jeden Tag entlassen werden konnten. Die Herren S. u. K. hatten angeordnet, daß am Tage der letzten Reichstagswahl, am

20. Februar d. J. die Arbeit gänzlich ruhen solle, vielleicht weil sie vermuteten, daß hoch nicht die volle Arbeitsleistung zu Stande käme. Auch am nächsten Tage ließen sie nicht arbeiten. Die Angeklagten waren unwillig darüber, daß ihre ohnehin geringen Einnahmen durch den Ausfall zweier Arbeitstage noch mehr verringert wurden, und verlangten insgesammt — als Lohnkommission des Holzarbeitervereins — von den Dienstgebern die Zahlung von je 3 M. für jeden Arbeiter für jene beiden unwillkürlichen Feiertage. Falls ihrem Gesuch nicht Folge gegeben werde — so bemerkten sie gleichzeitig — würden sämtliche Arbeiter streiken. Da nun die Arbeitgeber befürchteten, bei einem einretrenden Streik nicht sofort wieder die nöthigen Arbeiter bekommen zu können und durch Nichterledigung der vorhandenen Aufträge eine noch größere Einbuße zu erleiden, so ließen sie sich in der That bewegen, den Lohn für die an zwei Tagen nicht geleistete Arbeit auszusprechen. Der zweite Fall, wegen dessen Bull allein noch verurtheilt worden ist, betraf die Firma B. u. W., welche denselben Geschäftszweig betreibt. Hier waren vier Arbeiter entlassen worden, angeblich weil sie sich den Forderungen ihrer Vorgesetzten nicht gefügt hätten. Die übrigen Arbeiter schlossen sich mit diesen vier solidarisch und beschloßen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, als bis jene vier Kollegen wieder aufgenommen seien. Bull ging nun mit zwei anderen Arbeitern zu den Inhabern des Geschäfts und stellte die Forderung, daß nicht nur jene vier wieder aufgenommen würden, sondern daß auch der Lohnkommission verprochen würde, daß die betreffenden Arbeiter nicht am nächsten Sonnabend wiederum entlassen würden. Auch in diesem Falle hatten die Arbeitgeber nachgeben müssen, weil sie für den Wiederausfall große Verluste befürchteten. Die Strafkammer sah das Vorgehen der Angeklagten als ein rechtswidriges an, weil der Vermögensvorteil, den sie durch ihre Drohung erlangt haben, ein rechtswidriger gewesen sei, denn da an den beiden Tagen nicht gearbeitet sei, hätten die Arbeiter auch keinen Lohn beanspruchen können. In dem zweiten Falle wurde die Verurteilung gleichfalls als erwiesen angesehen, da die Arbeitgeber nicht verpflichtet waren, entlassene Arbeiter wieder aufzunehmen, und diesen durch die Wiedereinstellung ein Vortheil erwuchs. Die Revision der Angeklagten kam kürzlich vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Der Bertheidiger behauptet, es sei mit Unrecht ein rechtswidriger Vermögensvorteil angenommen worden und es sei ein Rechtsirrtum, wenn die Strafkammer meine, daß nur wirklich verdienter Lohn beansprucht werden könne. Wenn das Vorgehen der Angeklagten strafbar sein sollte, so würde von der Koalitionsfreiheit nicht viel übrig bleiben. Der Reichsanwalt erwiderte hierauf, daß die Koalitionsfreiheit allerdings zu Recht bestehe, daß aber das Vorgehen dieser Lohnkommission des Rechtsgrundes entbehrt habe. Wenn einem einzelnen Arbeiter ein Zwang gegen den Arbeitgeber nicht aufstehe, so könne auch einer Gemeinschaft von mehreren Arbeitern ein solcher Zwang nicht aufstehen. Die Angeklagten hätten nicht etwa, wie dies bei Streiks sonst üblich sei, Unterhandlungen mit den Arbeitgebern angeknüpft, sondern sie hätten ohne weiteres eine Tyrannei gegen dieselben ausgeübt. Ja, sie wären sogar so weit gegangen, daß sie Posten ausstellten, um diejenigen Arbeiter, die sich den Anordnungen der Arbeitgeber fügen wollten, abzuhalten, die Arbeit aufzunehmen. Von einem derartigen Vorgehen könne man nicht sagen, daß es durch das Gewerbegesetz gutacheigen werden solle. Fordern konnten die Arbeiter alles, aber es frage sich nur, wie sie es fordern. Wenn jemand etwas Unberechtigtes fordere, so handle er damit noch nicht rechtswidrig, sein Vorgehen werde aber rechtswidrig, wenn er seiner Forderung Nachdruck gebe durch eine Art und Weise, die nur für berechnigte Forderungen jemandem aufstehe, nämlich durch Zwang. Berechtigt aber sei die Forderung der Angeklagten nicht gewesen, da sie nicht gearbeitet hätten. Das Reichsgericht ging bei Beurtheilung der Sache von denselben Gesichtspunkten aus wie der Reichsanwalt und kam deshalb zur Verwerfung der Revision.

An die Parteigenossen!

Durch den Parteitag in Halle a. d. S. zur Leitung der Partei berufen, hat sich die unterzeichnete Parteileitung, entsprechend der Bestimmung des § 13 al. III des Organisationsstatuts, konstituiert. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung der Parteiangelegenheiten sind folgende Beschlüsse gefaßt: Das Bureau des Parteivorstandes befindet sich: Berlin SW., Rahbachstr. 9, 1.

Alle für die Parteileitung bestimmten Zuschriften und Einsendungen sind an diese Adresse, und zwar bis auf Weiteres an den mitunterzeichneten Genossen J. Auer zu richten. Alle für Parteizwecke bestimmte Geldsendungen sind an den Parteikassirer: August Bebel, Berlin W., Groß-Görchenstr. 22a, zu adressiren. Diejenigen, die sich gegen die Parteileitung oder deren Geschäftsführung richten, sind an den Genossen

August Jakobey, Berlin N., Hochstr. 33, Hof, III., zu senden.

Indem wir die Genossen allerorts ermahnen, im Interesse einer raschen und pünktlichen Erledigung der Parteigeschäfte, sich genau an die vorstehend aufgeführte Einteilung zu halten, warnen wir ganz besonders davor, daß politische Vereine oder deren Vertreter mit der Parteileitung in Verbindung zu treten versuchen. Jeder derartige Versuch könnte zu Prozeßwegen wegen Verletzung der vereinbarten Bestimmungen und eventuell zur Schließung der betreffenden Vereine und der Parteileitung führen.

Diese Warnung gilt besonders auch für jene, die zu unseren Parteigrundlagen bekennenden Vereine, welche ihren Sitz in Ländern haben, die entweder gar kein Vereinsgesetz kennen, oder wo das letztere doch die Bestimmung nicht enthält, daß politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen.

Wenn auch für letztere Vereine keine Gefahr aus ihrem Verkehr mit der Parteileitung erwachsen könnte, so würde sich doch letztere eines Vorstoßes gegen die Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes schuldig machen, wenn sie solchen Verkehr pflegte. Es muß deshalb jeder derartige Verkehr unter allen Umständen unterbleiben. Die Verbindung zwischen der Parteileitung und den einzelnen Wahlkreisen und Orten wird ausschließlich durch die Vertrauensmänner (siehe die §§ 3-5 der Organisationsstatut) vermittelt werden.

Wir fordern deshalb die Genossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise auf, die Wahl der Vertrauensmänner in öffentlichen Versammlungen möglichst umgehend vorzunehmen. Die gewählten Vertrauensmänner aber werden ersucht, ihre genauen Adressen schleunigst an das Parteibureau, unter der Adresse:

J. Auer, Berlin, SW., Rahbachstr. 9, 1., einzusenden.

Partei-Genossen! Nach zwölfjährigem schweren Ringen und Kämpfen, und nachdem wir eine Periode der Verfolgungen durchgemacht haben, wie sie in der Geschichte der modernen politischen Parteien wohl beispiellos dastehen dürfte, ist es uns wieder möglich gemacht, uns gleich den bürgerlichen Parteien zu organisieren. Der Partitag in Halle hat demzufolge eine Organisationsform geschaffen, die nach allgemeiner Ueberzeugung einerseits den Parteibedürfnissen genügt, andererseits aber der durch die deutsche Vereinsgesetzgebung geschaffenen Zwangslage gebührende Rechnung trägt. Die während der schweren Kampfsjahre, welche wir hinter uns haben, so oft und ständig bewiesene Parteidisziplin der Genossen bietet die Garantie dafür, daß sie auch in Zukunft und unter den veränderten Verhältnissen immer nur das Parteinteresse als die Richtschnur für ihr Handeln gelten lassen werden, so daß es einer besonderen Aufforderung unterseits nicht bedarf.

Das große Ziel, dem wir Alle vereint entgegenstreben, kann nur erreicht werden, wenn wir Alle unermüdblich und in treuer Kampfgemeinschaft dafür eintreten. Jeder an seinem Posten und mit dem Aufgebote aller ihm zu Gebote stehenden Kräfte wollen wir vereint die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei, der politischen und geistigen Bevormundung erkämpfen.

Die Erfolge der Vergangenheit verbürgen uns den Sieg in der Zukunft. Die Parteileitung verspricht den Genossen, Alles, was an ihr liegt, zu thun, um den Triumph des Proletariats, welcher der Triumphe der Kultur ist, herbeizuführen. Wir Alle haben die heilige Pflicht, durch unermüdbliche Agitation und Verbreitung unserer Grundzüge dafür zu sorgen, daß der Sieg möglichst bald errungen werde. Jeder Parteigenosse sei ein Agitator und Organisator für unsere Sache!

Hoch die Sozialdemokratie!
Berlin, 21. Oktober 1890.
Für die Parteileitung:
Albin Gerich } Vorsitzende.
Paul Singer }
J. Auer }
Richard Fischer } Sekretäre.
August Bebel, Kassirer.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß der Bericht über die Verhandlungen des Parteitages in Halle a. S. möglichst rasch fertig gestellt und noch im Laufe des November zur Versendung gelangen soll. Sobald der Kaufpreis des Zeitschrifts und damit der Heftverkaufspreis feststeht, wird der Verkaufspreis, der die Selbstkosten nicht überschreiten soll, bekannt gemacht.

An die Metallarbeiter der Provinz Sachsen!

Kollegen! Der von uns am 9. November noch Halle a. S. einberufene Delegiertentag findet im „Restaurant zur Moritzburg“, Harz Nr. 48, statt. Kollegen, welche zu der schon in dieser Zeitung bekannt gegebenen Tagesordnung ein Referat übernehmen wollen, werden gebeten, dies dem Unterzeichneten mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß!

J. A. der Vertrauensmänner der Metallarbeiter von Halle-Siebischstein:

Otto Mittag,

Siebischstein, Abbotatenstr. 9a.

Korrespondenzen.

Dreher.

Hamburg. Der Fachverein der Metallarbeiter hielt am 17. Oktober seine vierteljährliche Generalversammlung ab unter dem Vorsitz von Weinheber. Die zunächst dort stattire verlesene Abrechnung ergab eine Einnahme von M 235 43 eine Ausgabe von M 68, so daß ein Kassensstand von M 167,43 verbleibt. Die Abrechnung wurde genehmigt, doch gibt der Kassier bekannt, daß auf seine Einladung hin die Revisoren es nicht der Mühe werth hielten die Revision vorzunehmen. Es wurde der Antrag angenommen, die Revisoren seitens des Vorstandes aufzufordern, die Abrechnung zu revidieren und in nächster Versammlung Bericht zu erstatten. Hierauf legte Weinheber die Gründe dar, welche ihn veranlassen, sein Amt als zweiter Vorsitzender niederzulegen und mußte die Besammlung dieselben anerkennen. Es wurde gewählt Krüger als zweiter Vorsitzender und Mittel als Stellvertreter. Als 3. Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag über: „Die Fachvereine und ihre Bedeutung für die Zukunft“. Panzner, als Referent, war am Vortreten verhindert und sprach deshalb Weinheber über dies Thema, welcher kurz gefaßt etwa ausführte: Wenn früher die gewerkschaftliche Bewegung vielfach als Hundung betrachtet wurde, so sei dies heute anders; die Arbeiter hätten eingesehen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Welt ist, auf dem wir unsere Zukunft bauen, sie sollen uns hinüberleiten in den Staat, den wir alle erstreben. Aber ein einheitliche große Organisation müsse geschaffen werden; Arbeiterverbände für die verschiedenen Branchen mit einer Zentralkommission, so daß die Unternehmer wohl Respekt bekommen. Die vielen Streiks und Wohlthat hätten den Arbeitern mehr geschadet wie eingebracht und müßten in Zukunft weniger angewendet werden. Immer wieder müsse darauf hingewiesen werden, daß nur eine Aenderung der heutigen Produktionsweise im Stande sei, dem Arbeiter ein erträgliches, menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Um dies hohe Ziel zu erreichen, sei es notwendig, daß die Arbeiter sich auch politisch betätigen, und sei die Gewerkschaftsbewegung die beste Vorstufe für die politische Bildung. Die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitals sei nach wie vor unsere Parole. Deshalb agitiere Jeder sowohl für die gewerkschaftliche wie politische Organisation. „Vorwärts geht's trotzdem und allem.“ Nachdem noch mehrere Anträge zur nächsten Versammlung gestellt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Formen.

Greifeld. Der Streik bei der Firma B. Döhmer dauert ununterbrochen fort. Selber hat sich ein Former, Gustav Pelsch von hier, dazu verleiten lassen, bei der Firma Arbeit zu nehmen. Die ganze Woche wurde in Akkord gearbeitet und Samstag der Lohn angezahlt. Gerade das war die einzige Forderung, welche wir stellten, daß wir am Schluß der Woche mindestens unseren fort verdienten Tagelohn erhielten. Aber wir sahen ein, daß wir nicht bestehen konnten und es legten 7 Mann die Arbeit nieder. Wir bitten die Kollegen, den Zugang fern zu halten und uns nach Kräften zu unterstützen.

Cannstatt. Former-Unterstützungs-Verein. Im Verlaufe der letzten Monate fand eine Vorstandswahl statt, bei welcher Kollege Himpel zum 1. Vorstand gewählt wurde. Die Zahl der Mitglieder hat sich

in kurzer Zeit von 200 auf über 300 gesteigert und die Versammlungen werden stets gut besucht. Wir bitten alle Anfragen, Briefe u. s. w. an unseren 1. Vorstand F. Himpel, Sulzerrainstr. 9 Cannstatt, zu richten. Die Reichunterstützung kann bei demselben erhoben werden.

Hannover. Am 12. Oktober fand im Lokale des Herrn Schulenburg die statuten-gemäße Generalversammlung des Vereins der Former und Verfassungskollegen statt. Zum 1. Punkt verlas der Kassier die Abrechnung vom 1. Oktober 1889 bis 1. Oktober 1890; dieselbe ergab eine Einnahme von M 1985,45, eine Ausgabe von M 1920,99, verbleibt ein Kassensbestand von M 64,46. Nachdem die Abrechnung für richtig befunden erklärt, wurde dem Kassier für die treue Verwaltung seines Amtes von den Mitgliebern durch Erheben von ihren Sitzen Deklaration erteilt. Ferner wurde vom Vorsitzenden noch besonders hervorgehoben, daß die Kollegen am Orte allein, seit Dezember v. J. die Summe von 15.000 M für die ausständigen Kollegen aufgebracht haben. Ein schöner Beweis der Solidarität der betreffenden Kollegen, die kein Opfer gescheut haben, um der gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen August Dangehennig, Schlägerstraße 10c, als 1., Paul Schneider, Hebdornstraße 6b, als 2. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt; Karl Weber, Quertenhorst 4, als 1., Ad. Hartwig, als 2. Kassier, W. Busse als 1., G. v. Brill als 2. Schriftführer; als Revisoren die Kollegen J. Biel, G. Ritter und H. Brädel. Im Verschleißenen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß noch immer Kollegen von den Ausständigen ohne Beschäftigung und in Folge dessen zu unterstützen wären. Ferner wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl (21) wegen dem schlechten Geschäftsgang die Arbeit haben verlassen müssen. Es werden daher die reisenden Kollegen ersucht, so viel als möglich Hannover zu meiden. Weiter wurden alle noch existierenden Mitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen.

Leipzig. Am 19. Okt hielt der Former-Unterstützungsverein seine zweite General-Versammlung ab mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Rechenschaftsbericht und Revisionwahl, Neuwahl des Gesamtvorstandes, Neuwahl der Bibliothekskommission, Verschiedenes und Fragekasten. Nachdem der erste Punkt erledigt, wurde der Rechenschaftsbericht per 1. Juli bis Ende September gegeben; derselbe ergab eine Einnahme von M 704,91; eine Ausgabe von M 588,18, mithin Kassensbestand M 166,77. Dem Kassier wurde Deklaration erteilt. Hierauf wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes für das laufende nächste Geschäftsjahr vorgenommen und die Kollegen Paul Schemann als 1., Richard Kreffe als 2. Vorsitzender gewählt. Ferner wurde Wilh. Schmidt als 1., G. Geißler als 2. Kassier, sowie Paul Henschke als 1., Aug. Motte als 2. Schriftführer und Julius Weiß als Stellvertreter gewählt. Die Wahl einer Bibliothekskommission wurde abgelehnt und wurden die beiden bisherigen Bibliothekare, Berner und Kuphal, mit den Bibliothekgeschäften für das nächste Jahr wieder betraut. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der dahin ging, den § 5, Zeile 5 bis Ende (Mekanten betr.) streiche zu handhaben, Krankheit oder Arbeitslosigkeit sind ausgeschlossen. — Zu bemerken ist noch, daß alle Briefe und Sendungen an unsern 1. Vorsitzenden Paul Schemann, Lindenau-Leipzig, Hartortstraße 23, part., zu richten sind.

Ruhrort. Der Verein der Former und verwandten Berufsgenossen hielt am 19. Oktober seine regelmäßige Versammlung ab. Es wurde beschlossen: Reiseunterstützung von 1 Mark erhalten die Kollegen, welche einem Vereine angehören und sich vorschrittsmäßig abgemeldet haben, beim ersten Vorsitzenden, außerdem wird den Kollegen, welche über Nacht bleiben wollen, unentgeltliches Logis vom Vorsitzenden nachgewiesen. Dann wurde zur Beschaffung einer Bibliothek das nötige Geld bewilligt. Auch wurde beantragt, für Agitation und für den Unterstützungsfond je 20 Mark zu bewilligen, welchem zugestimmt wurde. Nachdem noch verschiedene Werkstattangelegenheiten behandelt waren, wurde vom Vorsitzenden beantragt, Werkstatt-Versammlungen abzuhalten zur näheren Erörterung über diese Angelegenheiten, welches angenommen wurde. Auch appellierte der Vorsitzende an sämtliche Kollegen, die Versammlungen, welche alle 14 Tage, jeden ersten Samstag und dritten Sonntag eines jeden Monats stattfinden, doch regelmäßig zu besuchen.

Klempner.

Frankfurt a. M. In der am 18. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des Fachvereins der Spengler und Installateure wurde beschlossen, die Metallarbeiter-Zeitung vom 1. November ab obligatorisch einzuführen. — Unser Kassensbestand beträgt 70 Mark 84 Pf. Aufgenommen wurden im letzten Vierteljahr 99 Mitglieder, Unterstütz-

ung erhielten 86 Kollegen, die Mitgliederzahl beträgt 140. Nachdem die Revisoren berichtet, daß Kasse sowie Buchführung in bester Ordnung seien, wurde dem Kassier Deklaration erteilt. Als Revisoren für das nächste Vierteljahr wurden die Kollegen: Gehlaus, Busch und Stehle gewählt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthaus zum „Pinsz Karl“, Alte Mainzerstraße Nr. 86.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Klempner, Gas- und Wasserleitungsbauarbeiter, welche von ca. 400 Personen besucht war, tagte am 14. Oktober in Zütze's Etablissement. Nach erfolgter Bureauwahl nahm Hemme als Referent das Wort und schilderte das frühere Verhältnis zwischen den Kunstmeistern und ihren Gesellen, sowie die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände. Auch führte derselbe aus, wie die Arbeitgeber stets bemüht sind, den Arbeitsnachweis der Gesellen zu sprengen, was ihnen jedoch nie glücken könne, wenn die Kollegen fest zusammenhielten und alle dem Fachverein beitreten würden, was eines jeden Pflicht sei. Dann kam Redner auf die Lohnverhältnisse zu sprechen und ermahnte die Kollegen, speziell die älteren, in den Werkstätten dahin zu wirken, daß sämtliche Kollegen den festgesetzten Lohn erhalten. Das sei am besten durch die Werkstättenorganisation möglich. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Jeder, welcher Arbeit annimmt, ob durch den Arbeitsnachweis, oder sonstwie, ist verpflichtet, es im Bureau des Vereins zu melden und darauf zu halten, daß der Lohn, welcher 1888 erungen, stets bezahlt wird. Zur Durchführung dieser Forderung und zur Unterdrückung der Schmutzkonkurrenz sind die Arbeitgeber nochmals einzuladen. Ferner ist dahin zu wirken, daß die anständigen Kollegen Arbeit erhalten.“ Es wurde noch von einigen Rednern betont, daß wir von den Unternehmern nichts zu erbitten, sondern nur zu fordern hätten, sonst kämen wir nie zum Ziele. Nachdem eine Tagesversammlung veranstaltet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Am 16. Oktober hielt der Klempner-Fachverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Beim 1. Punkt, Wahl eines 2. Vorsitzenden, machte unser Vorsitzender bekannt, daß unser Kollege König aus dem Verein getreten ist; an Stelle des Ausgeschiedenen wurde Finz gewählt. Beim 2. Punkt ließen sich 4 Kollegen in den Verein aufnehmen. Bei Punkt 3 erwähnte Kollege Frauenberger die Kollegen, welche dem Verein beigetreten. Redner betonte noch, daß in den Werkstätten die größte Einigkeit herrschen solle, denn nur durch ein einheitliches Vorgehen würden wir zu einem guten Resultat gelangen. Im selben Sinne sprach sich auch unser Vorsitzender aus. Ferner wies Kollege Kuhn auf einen Hauptzweck unseres Vereines hin: auf die geistige Ausbildung der Mitglieder. Er betonte, daß, da der Verein noch jung ist und die Mittel zu einer Bibliothek nicht besitzt, die Mitglieder ihre gelesten Bücher leihweise zur Verfügung stellen möchten. Ferner machte Kollege Kuhn bekannt, daß sich die Kollegen zur besseren Instruierung der Metallarbeiterbewegung das Protokoll vom letzten Weimarer Kongress anschaffen möchten.

Mürnberg. In der am 11. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des Fachvereins der Glaschner mit der Tagesordnung: Neuwahl eines 1. Vorstandes, wurde der Antrag eingebracht, von der Wahl eines 1. Vorstandes abzustehen, da in der nächsten Generalversammlung die Neuwahl der Gesamtwahlverwaltung ohnebess stattfinden, und bis dahin den 2. Vorstand Biegler mit der Leitung des Vereines zu betrauen. Dies wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Metall-Arbeiter.

Spolda. 20. Oktober. Heute fand hier im Restaurant „Bürgerverein“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Max König-Riemscheid das Referat über: „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter“ übernommen hatte. Selbiger erledigte sich in längerer Ausführung seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller anwesenden Kollegen und Gäste. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Zink und Müller; letzterer sprach sich besonders scharf über das Verhalten der Mehrzahl am Orte beschützten Kollegen dem Fachverein gegenüber aus. Es hatte sich auch ein Gewerkschaftler eingefunden, welcher die „Wohlthaten“ der Gewerksvereine preis. Er meinte, dieselben seien keine politischen Vereine, sondern sie ständen auf dem Standpunkt der Krantentassen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute im Bürgerverein tagende öffentl. Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, mit aller Energie für die Organisation der Metallarbeiter einzutreten, mißbilligt aber das Vorgehen des Kollegen Dierich und Konforten in Ham-

burg, weil selbige gegen die Kongreßbeschlüsse verstößt und die allgemeine Metallarbeiterbewegung schädigt.“

Bernburg. Am 18. Oktober fand im Schloßbrauhaus eine öffentl. Metallarbeiter-Versammlung statt. Der Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands, Herr Segl aus Gärth, beleuchtete in sehr ausführlicher Weise die Lage der Metallarbeiter im allgemeinen, er wies darauf hin, wie durch die Entwicklung der Technik die Reservearmee immer größer wird, indem durch die Maschinen immer mehr Arbeiter verdrängt werden, welche dann auf der Landstraße umher irren oder die Gefängnisse und Arbeitshäuser füllen. Ferner betonte Redner, daß wir nur durch eine stramme Organisation unsere Lage verbessern können. Dem Redner wurde großer Beifall gezollt. — Es wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Bernburgs erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten voll und ganz einverstanden und empfiehlt zur Förderung einer regen Agitation die Wahl eines Vertrauensmannes, welcher sich mit dem Vertrauensmann von Anhalt in Verbindung zu setzen hat und in Bernburg die öffentlichen Versammlungen einberuft. 2. Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Bernburgs erkennt den Vertrauensmann für Anhalt, Herrn Hosang aus Dessau, voll und ganz an, und verspricht ihm nach besten Kräften beizustehen. — Dann wurde zur Wahl eines Vertrauensmannes für Bernburg geschritten und Kollege Bettjele gewählt. Mit einem stürmischen Hoch auf die Metallarbeiter Deutschlands wurde die sehr lebhafteste Versammlung geschlossen. — Kollegen Bernburgs, bedenk! Eure Lage und strebt ein einmütiges Handeln an; Einer für Alle, Alle für Einen, das soll unser Wahlspruch sein.

Bornheim. Fachverein der Metallarbeiter. In der am 11. Oktober im Vereinslokale abgehaltenen Generalversammlung wurde zu Punkt 1 Kollege Keil als 1. Vorsitzender wiedergewählt, Kollege Graf als 2. Vorsitzender, Kihjel als Kassier, Schneider als 1. und Hartmann als 2. Schriftführer; als Revisoren funktionierten Ott, Faust und Wetter. Bei Punkt 2, Kassensbericht, wurde dem Kassier für gewissenhafte Abrechnung gedankt. Bei Punkt 3, Wanderunterstützung, erklärte man sich mit den Kettlerbacher Konferenzbeschlüssen einverstanden. Briefe r. sind an Kollege Keil, Bornheimerlandstr. 6, II, zu adressieren.

Chemnitz. In Nr. 41 der „Metallarbeiter-Zeitung“ hat Herr Mummeh auf meinen Artikel in Nr. 39 sich veranlaßt gefühlt, zu antworten. Was Herr Mummeh da von Vorbeerbild und Bindeln schreibt, übergehe ich, indem ich ihm noch für etwa wiederkehrende Fälle ein paar Rinderhühner zur Verfügung stelle. Herr Mummeh schreibt: „Selber muß ich im Voraus konstatieren, daß Herr Grenz nicht für, sondern tatsächlich gegen die Fachvereine gesprochen hat.“ Herr Mummeh unterschätzt aber, hierfür auch nur den geringsten Beweis zu liefern. Die verhängliche Stelle auf Seite 56 des Protokolls hat er getroffen, auch ist die hieran geknüppte Frage: „Welche örtlichen Verhältnisse entscheiden für Branchen und welche für allgemeine Metallarbeitervereine?“ ganz richtig. Nun lehrt aber Herr Mummeh den unfehlbaren Metallarbeiter heraus. Denn für ihn entscheidet schon die Frage (ohne jede Untersuchung) an und für sich eher zu Gunsten der allgemeinen Metallarbeitervereine als zu Fach-(Branchen-)organisationen. Kommt noch hinzu, daß in kleinen Städten überhaupt nur Metallarbeiter-Vereine bestehen können. Somit ist für Herrn Mummeh die Frage gelöst. Natürlich, denn es ist ja Berlin als Beispiel angeführt und das muß genügen. Nun kommt der Hinweis auf die Resolution vom Schloffer-Kongreß. Hiermit will nun Herr Mummeh nachweisen, daß Fachvereine Ballast sind. Nun spricht aber die Resolution überhaupt nicht von „Branchenverbänden“, nicht von lokalen Vereinen, um welche es sich bei unserer Streitfrage dreht! Wenn in der Resolution zum Schluß das Wort Branchenorganisation, das Herr M. für sich ausbeutet, vorkommt, so wird dasselbe durch die „Metallarbeiter-Union“ sofort dahin präzisirt, daß es sich nicht um die lokale Organisation handelt. Mit Ihrem Beweis, Herr Mummeh, daß selbst eine Fachvertretung die Fachvereine als Ballast bezeichnet habe, steht's etwas sehr windig aus. Und nun zum Segl'schen Artikel, oder besser gesagt, wie sich die Vertrauensmänner der Metallarbeiter die Arbeiterorganisation denken. Nun, das haben Sie, Herr Mummeh, ja ganz richtig dem Segl'schen Artikel entnommen. Also, die Arbeiter in der Eisen-Industrie bilden eine Metallarbeiter-Union, die Arbeiter in der Holzindustrie desgleichen u. s. w., alle diese Zentralkommissionen schließen Kartellverträge. Aber lieber Herr Mummeh, hierauf kommt es ja bei unserer Auseinandersetzung eigentlich gar nicht an, sondern hier handelt sich's nur darum, wie diese einzelnen Unionen

zusammengesetzt werden sollen. Glauben Sie etwa, daß z. B. die Arbeiter der Fuß- und Lederbekleidungs-Industrie, A. W. Schuhmacher, von der Art ihrer Organisation, also die Schuhmacher in den Fachvereinen der Schuhmacher, und die Hutmacher in den Fachvereinen der Hutmacher, Abstand nehmen werden? Und, um mit Genossen Segel zu reben, in einem Wischmasch zusammenzutreten werden? Nein, mein Lieber, vor der Hand noch nicht, kommen wird der Zeitpunkt einmal, aber heute und morgen noch nicht. Sowie dies die Schuhmacher und Hutmacher noch nicht thun werden, so auch die Former, Klempner u. s. w. nicht in den allgemeinen Metallarbeiter-Unionen. Dies verlangen aber auch die Vertrauensmänner der Metallarbeiter (welcher Auffassung nach) gar nicht. Sondern denen ist es nur darum zu thun, die Arbeiter den Unternehmern gegenüber zu einer widerstandsfähigen Masse zu gestalten. Dies kann erreicht werden, daß man die Indifferenten den schon bestehenden Vereinen (ob Fach- oder allgemeine Metallarbeiter-Vereine, ist gleichgültig, hier sind die örtlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen) zuführt. Sind von den verschiedenen Fachern genügend Leute vorhanden und wollen diese nicht in einen schon bestehenden allgemeinen Verein eintreten, so ist es jedenfalls besser, sie gründen einen (irrtümlichen) Dreher-Verein, als daß sie sich gar nicht vereinigen. Eine große Menge von Beispielen läßt sich anführen, wo durch den Starrsinn einzelner Metallarbeiter lange Zeit hindurch größere Mengen von Formern, Klempnern u. s. w. unorganisiert blieben, bis man schließlich doch zu dem Einsehen kam, man müsse sie sich selbstständig organisieren lassen. So, Herr Mummeh, wie stehen wir nun? Was Sie da nun in ihrem Artikel weiter über das spezielle Verhältnis des Berliner Drehervereins sagen, kümmert mich nicht. Ich schreibe und spreche im Allgemeinen. Dem Prinzip aus Erfahrung des Herrn Mummeh setze ich das meinige aus dem gleichen Grunde entgegen, nur mit dem Unterschied, daß ich mich nicht in irgend eine Art von Organisation veranlagt habe, sondern je nach den obwaltenden Umständen bald für diese, bald für jene Form der örtlichen Organisationen eintrete. Was mir als Deutsche mit dem neugeborenen Redakteur Diederich zu thun haben, oder ob Herr Mummeh denselben etwa mit meinen Anschauungen in Verbindung bringen will, verstehe ich nicht recht. Daß Herr Diederich mit seiner Zeitungs-Spielerei keinen Anklang bei mir findet, ist wohl aus meinem Verhalten zu dieser Frage hinlänglich bekannt, daß dies Herr Mummeh nicht zu wissen scheint, kann ich nicht ändern.

Ernst Grenz.
Düsseldorf. Am 12. Oktober fand im nahen Derendorf eine Wanderversammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins von Düsseldorf und Umgegend statt. Besucht war dieselbe von ca. 200 Personen. Ein Mitglied des Vereins, Sulist, hielt einen Vortrag über „Internationale Arbeiterbewegung“. Der Referent entrollte ein sehr getreues Bild von den Arbeiterorganisationen und ihren Kämpfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, mit ganzer Kraft darauf hinzuwirken, daß der achtsündige Normalarbeitstag auch zur Durchführung gelangt.“ Darauf meldeten sich auch einige Hirsch-Dunder'sche Gewerkeintler zum Wort, welches ihnen bereitwilligst gewährt wurde. Diese Herren erklärten, daß sie mit dem Inhalt des Vortrages einverstanden seien, und es thue ihnen leid, daß die Fachvereine und Gewerkeintler sich so feindlich gegenüber stellten, da die letzteren das selbe Ziel hätten wie die Fachvereine. Es wurde dann von mehreren Mitgliedern des Fachvereins das Gegenteil bewiesen und verschiedene Selbstthäten des Gewerkeintlers in das richtige Licht gestellt. Hierauf bemühten sich die Gewerkeintler, diese Ausführungen zu bestreiten, resp. ihr Verhalten zu beschönigen, was ihnen natürlich in keiner Weise gelang, da die belastenden Thatsachen zu laut sprachen. Die Gewerkeintler, 5 bis 6 an der Zahl, zogen es dann vor, die Versammlung zu verlassen, um sich nicht noch mehr zu kompromittieren.

Erfurt. Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter tagte am 21. Oktober im „Regenbogen“, in welcher Herr Karl König aus Kemscheid über die Lage der Metallarbeiter und Werk und Zweck der Organisation referierte. Redner bedauerte zunächst den schwachen Besuch der Versammlung, indem doch die Metallarbeiter in Erfurt so zahlreich beschäftigt sind. Redner gibt hierauf einen geschichtlichen Ueberblick über die allmählichen Fortschritte auf dem Gebiete der Produktion, der technischen Fortschritte, der Entwicklung der Großindustrie mit ihren notwendigen Unternehmerverbänden und als letzte Nothwendigkeit die Organisation der Arbeiter. An einigen

Beispielen kennzeichnete der Redner, welche empfindliche Kontraste dem Arbeiter durch die Maschinen gemacht wird und wie die Löhne immer mehr zurückgingen. Die Vereinnung der Arbeiter sei eine Nothwendigkeit, indem der Einzelne dem mächtigen Unternehmerrhythmus machtlos gegenüberstehe. Bezüglich der Arbeitervereinigungen kritisiert Herr König die Hirsch-Dunder'schen Gewerkeintler, die im wesentlichen auf Selbsthilfe und in gemeinschaftlicher Verständigung mit den Unternehmern eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erreichen wollen. Inwieweit der Harmoniebusel zwischen Kapital und Arbeit geeignet ist, helfend und fördernd die Lage der Arbeiter zu verbessern zu können, wurde durch die praktischen Ausführungen des Redners vortrefflich widerlegt. Redner empfiehlt allen Kollegen in der Metallarbeiterbranche sich dem hiesigen Fachverein anzuschließen, welcher ihre Interessen am besten in Schutz nehmen könne, wenn alle Kollegen eintig und gemeinsam für ein menschenwürdiges Dasein mitwirken. Die Ausführungen des Redners finden den Beifall der Versammlung. In der hierauf folgenden Debatte konstatirt der Kollege Hartung die Erfahrungen, welche er im hiesigen Hirsch-Dunder'schen Gewerkeverein gemacht habe; unter Anderem habe derselbe den Beifall gefunden, daß bei Vergütungen die bösen Fachvereiner keinen Zutritt haben sollen. Er wünsche, daß die heutige Versammlung einen Beschluß dahin fasse, die Hirsch-Dunderianer werden zu unseren Vergütungen freundlichst eingeladen. Außerdem nehmen noch die Herren Böhm und Redakteur Schulze das Wort, um auszuführen, belehrend und ermutigend für die Sache der Arbeiter, vor allen Dingen über die unabwiesbare Nothwendigkeit der Organisation zu der heutigen Versammlung zu sprechen. Auch diese Ausführungen, sowie die der nachfolgenden Redner werden mit Beifall aufgenommen. Der Verlauf der Versammlung ist als ein guter zu bezeichnen, der voraussichtlich zur weiteren gezielten Entwicklung der hiesigen Metallarbeiterorganisation beitragen wird.

Hannover. Am 20. Oktober fand im großen Saale des Ballhauses eine Mitglieber-Versammlung des Metall-Industrie-Vereins statt. Zum 1. Punkt wurde der hiesige 2. Vorsitzende Helme zum 1. Vorsitzenden, und an dessen Stelle Somburg gewählt. Das Geschäft wird Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 8 Uhr vom 1. Vorsitzenden Helme, Wörthstraße 11, III, ausgeführt. Bei der Quartalsrechnung ergab sich eine Einnahme von M 918,90, eine Ausgabe von M 788,86, Bestand M 130,04. Für die Bibliothek wurden 30 M für Anschaffung von Büchern bewilligt. Vom Festassessor wurde Beschwerde geführt, daß die früheren Mitglieder des M.-I.-V. Simmering und Nebelung von hier abgereist sind, ohne ihren Pflichten nachzukommen. Wir ersuchen deshalb die vorgenannten Herren, in ihrem eigenen Interesse sich mit dem Festassessor Wolf, Straße 8, in Verbindung zu setzen und die Angelegenheit baldigst zu regeln.

Neumünster, 24. September. Wie die Polizei ihre Aufgabe auffaßt, mag folgender uns im Original vorliegende Entlassungsschein beweisen:
 Königl. Eisenbahndirektion Altona.
 Hauptwerkstatt Neumünster.
 Entlassungsschein.
 Der Schlosser (sozt der Name und Wohnort des Betreffenden) hat vom 29. Mai 1890 bis 22. September 1890 in der hiesigen Hauptwerkstatt gearbeitet. Seine dienstliche Führung und seine Leistungen waren befriedigend. Er wurde auf Grund eines Berichtes von der hiesigen Polizeibehörde über sein außerdienstliches Verhalten nach vorausgegangen 14tägiger Kündigung entlassen.
 Neumünster, 22. September 1890.
 Der Werkstätten-Vorstand.
 Fr. Schneider.

Natürlich hat das „außerdienstliche Verhalten“, über welches die hochwichtige Behörde zu müssen glaubt, in nichts Anderem bestanden, als daß der Mann, wie es sich für einen richtigen Arbeiter gehört, Mitglied eines Fachvereins war und dort sich thätig zeigte. Das genügte aber der Polizei, dem Arbeitgeber — hier dem Werkstätten-Vorstand — einen „Bericht“ (man könnte wohl auch ein weniger harmloses Wort gebrauchen) zu erstatten, der zur Folge hatte, daß der Schlosser brotlos wurde. In diesem Falle war der Arbeitgeber ehrlich genug, den wahren Grund der Entlassung anzugeben. Wie viele Fälle von Maßregelungen, deren Ursache nicht bekannt wurde, mögen aber auf solche „Berichte“ zurückzuführen sein? Wir fragen, ist es Pflicht oder nur Recht der Polizei, derart in die Privatverhältnisse von Staatsbürgern einzugreifen? Begehrt Jemand eine strafbare Handlung, so hat die Polizei dies zur Kenntnis der zuständigen Behörde zu bringen. Nichtstrafbare Handlungen aber Dritten mitzutheilen,

mit der — zwar unausgesprochenen — Absicht, dadurch Jemandem unangenehme Folgen zuzuziehen, ist entschieden ein Uebergriff der betreffenden Polizeibehörde. Wir erwarten, daß Besseren über ihre Pflichten und Rechte gelehrt, eventuell die Schuldigen zur Verantwortung zieht.

Osnabrück. Zur Hamburger Streiterei. In Nr. 8 des von Herrn F. Diederich in Hamburg „redigirten“ Schlosser und Maschinenbauer befindet sich ein Artikel, welchen wir, damit sich die deutschen Metallarbeiter ein Bild von der Kampfesweise der Hamburger Kollegen machen können, hier folgen lassen: „Osnabrück. Am Sonnabend, den 4. Oktober 1890, fand hier eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt. Herr Breder aus Nürnberg referirte über die Organisationsfrage. In ca. 20minütiger Rede sprach der Redner mehr über die Lage der arbeitenden Klassen überhaupt, als eigentlich zur Organisationsfrage. Jedenfalls war dies packender und dankbarer, galt es doch, uns auf seine Seite zu gewinnen. Zuletzt bei der Organisationsfrage ankommend, konnte Redner nur die alten Phrasen wieder vorbringen. Gleichzeitlich schaute er sich nicht, mit groben Unwahrheiten über die letzte öffentliche Versammlung zu Hamburg herzufallen. Er schloß mit den Worten: „Wollen Sie den 146 Delegirten folgen oder den 3 Hamburgern?“ Mittlerweile war von Herrn Thiel eine Resolution eingebracht, die aber der Vorsitzende nicht lesen konnte. Es erübrte sich dann ein Ruf aus der Versammlung, Breder sollte sie lesen. Herr Breder las denn auch flüchtig den Wortlaut der Resolution vor. (Jedenfalls hatte Breder dieselbe selbst geschrieben.) Der Vorsitzende wollte sofort über die Resolution abstimmen lassen. Die Resolution stellte dem Vorzeichen der Hamburger Genossen das bekannte Mißtrauensvotum aus. Herr Friz opponirte hiergegen und wollte alsdann zur Sache sprechen, wurde aber niedergeschrien. Herr Thiel stellt den Antrag, die Hamburger überhaupt nicht sprechen zu lassen. Hierbei erhob sich ein großer Lärm, so daß sich der überwachende Beamte gezwungen sah, zu interveniren. Herr Friz findet es komisch, daß Kollege Thiel, der mit auf der Hamburger Konferenz gewesen sei und allen Anträgen zugestimmt habe, jetzt diese sonderbare Stelle einnehme; die Osnabrücker hätten jedenfalls einen Delegirten zur Konferenz geschickt, der gar keine Erkenntnis habe. Herr Thiel erwidert, daß er vor 14 Tagen die Arbeiterbewegung noch nicht sehr gekannt habe, sie jetzt aber kenne. Es erhält sodann Herr Diederich das Wort, der schon mit unflätigen Redensarten empfangen wurde. Diederich wundert sich, daß in Osnabrück in 14 Tagen die Stimmung so umgeschlagen sei. Vor 14 Tagen sei er hier gewesen, habe die Argumente angeführt für Zentralfaktion und keiner sei ihm entgegengetreten. Zu heute Abend sei er telegraphisch herbeigekommen. (Wegen der fortwährenden Zwischenrufe waren schon viele fortgegangen, aber die Rabaumacher hielten tapfer aus.) Als Redner nun die Entwicklung der Arbeiterorganisationen schildern will, aber fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen wird, verzichtet er auf's Wort, indem er anführt, er glaube hier Leute zu finden, die demokratisch handeln würden, er sehe aber, daß dieses nicht der Fall sei, und verzichte daher auf's Wort, denn pöbeln ließe er sich nicht. Nachdem dann noch in ganz sachgemäßer Weise der Weber Schrader über die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Gewerkschaften sprach, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Anderer Tags sollen viele zu der Ansicht gekommen sein, man hätte Diederich ruhig sprechen lassen müssen.) — Vorstehender Bericht enthält so grobe Unwahrheiten, so unverschämte Lügen, daß ich es für meine Pflicht erachte, folgendes darauf zu erwidern: In der angeführten öffentlichen Versammlung referirte Herr C. Breder über „die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter, und welches ist die beste Organisation“. Dieß man nun den Anfang des Berichtes im „Schlosser und Maschinenbauer“, so wird man gleich bemerken, daß der Einsender desselben nicht einmal die Tagesordnung kannte (?). Die Hauptsache aber ist, daß das Referat des Herrn Breder den Osnabrücker Metallarbeitern so sehr gefiel, daß sie zum Schluß durch lauten, anhaltenden Applaus dem Redner dankten. In Betreff der von mir eingebrachten Resolution, deren Wortlaut bereits von der „Metallarbeiter-Zeitung“ gebracht wurde, bemerke ich, daß Resolutionen, die ich einreichte, auch von mir besaß und auch geschrieben werden. Wenn nun der Vorsitzende der Versammlung dieselbe nicht lesen konnte (der betreffende Kollege ist in solchen Sachen sehr unbewandert), Herr Breder dieselbe aber flüchtig vorlas, so ist das doch wahrhaftig kein Grund, zu behaupten, Herr Breder hätte die Resolution selber geschrieben; zu einer solchen Sache

werden Männer, die ehrlich für eine gerechte Sache kämpfen, sich nie herbei lassen, solche Verdächtigungen sind einfach perfid. Als nun über diese Resolution abgestimmt werden sollte, verlangte Herr Friz zuvor das Wort, und als ihm dieses vom Vorsitzenden nicht sofort erteilt wurde, regte Herr Friz sich demmaßen auf und wurde so ungebührlich, daß die Versammlung sehr unruhig wurden, worauf der überwachende Beamte sich veranlaßt fühlte zu erklären, wenn der Vorsitzende keine Ruhe herstellen würde, müßte er die Versammlung auflösen. Herr Friz erhebt nun das Wort, als er aber auf das Referat des Herrn Breder näher eingehen wollte, um denselben gewissermaßen die Worte im Munde umdrehte, wurde die Versammlung abermals sehr unruhig, so daß Herr Friz abtreten mußte. Hierauf stellte ich, nachdem auch Herr Diederich sich zum Wort gemeldet, die Frage an die Versammlung, ob es nicht besser wäre, daß man den Hamburger Kollegen das Wort nicht mehr erteile, da wir sonst gewärtig sein müßten, daß die Versammlung aufgelöst würde, was wir unter allen Umständen zu vermeiden hätten. Später griff Herr Friz mich persönlich an, worauf ich ungefähr folgendes antwortete: Zur Zeit, als man uns von Hamburg aus brieflich benachrichtigte, zur „Zentralfaktion“ Stellung zu nehmen und einen Delegirten zur Konferenz zu entsenden, hätten wir uns jedoch erst organisiert, wir wären also völlig neu in der Sache gewesen, der Gewerkschaftsbewegung überhaupt hätte ich vorher vollständig fern gestanden, auch hätte ich selber die Kongreß-Resolutionen nicht gekannt, demnach hätte ich nur aus Unerschrockenheit in dieser Sache für Zentralfaktion der Schlosser auf der Konferenz gestimmt. Erst durch die Gegen-Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ wäre mir klar geworden, welchen Fehler ich begangen, und um diesen Fehler wieder gut zu machen, nähme ich jetzt so energisch Stellung gegen die Bestrebungen der Hamburger. Ich glaube, dies klingt doch etwas anders, als wenn der Artikelschreiber des Hamburger Blättchens, als welchen ich Herrn Robert Friz wohl erkannt habe, berichtet, ich hätte gesagt, vor 14 Tagen hätte ich die Arbeiterbewegung noch nicht gekannt, jetzt aber kenne ich sie. Nun, dies ist eine so infame Verdrehung des von mir Gesprochenen, daß selbst diejenigen Kollegen, die mich nicht persönlich kennen, mir solchen Widsinn nicht zutrauen werden. Ferner heißt es in dem Bericht, Herr Diederich hätte, nachdem er das Wort erhalten, sich darüber gewundert, daß in 14 Tagen hier die Stimmung so umgeschlagen sei, denn vor 14 Tagen sei er hier gewesen, und habe die Argumente angeführt für die Zentralfaktion, keiner sei ihm entgegengetreten. Ich muß dieses dahin berichtigen, daß Herr Diederich hier am 30. August (es liegt also ein Zeitraum von über einem Monat dazwischen) über „die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und die Unternehmerverbände“, referirte, jedoch hat derselbe kein Wort über seine Zentralfaktion verloren, es konnte ihm also auch Niemand gegenüberreten. — Die Bemerkung Diederich's, er sei telegraphisch nach Osnabrück berufen, könnte den Glauben erwecken, es sei dieses von Osnabrücker Kollegen ausgegangen. Das ist aber nicht der Fall, sondern ich kann konstatiren, daß Herr Friz, der Bufenfreund Diederich's, das Telegramm aufgegeben hat, nachdem er von mir erfahren, daß Breder hier sprechen würde. In dem betreffenden Artikel heißt es weiter, wegen der fortwährenden Zwischenrufe, während Diederich sprach, wären viele fortgegangen, nur die Rabaumacher hätten tapfer ausgehalten. Die Sache liegt doch ein wenig anders. Als nämlich Herr Diederich mit Stentorstimme in die Versammlung hinein rief, er würde einen anderen Ton annehmen, wenn man nicht ruhig wäre, standen verschiedene Kollegen auf, um sich zu entfernen, setzten sich aber sofort wieder, nachdem Herr Diederich die Bühne verlassen. Daß es sich so und nicht anders verhält, werden mir diejenigen Kollegen gern bezeugen, die in der Versammlung aufgefunden sind. Aus Vorstehendem werden die Kollegen ersehen, wie „Schlosser und Maschinenbauer“ ist, denn es erfordert doch eine besondere Portion Dreifigkeit, anderen Leuten die Worte im Munde umzudrehen. Wenn Herr Robert Friz aber geglaubt hat, durch seine Angriffe mich in den Augen der hiesigen Metallarbeiter herabzusetzen, so will ich nur darauf erwidern, daß Leute vom Schlage des Herrn Friz solches gar nicht fertig bringen können. Martin Thiel, Schlosser, Vorsitzender des Metallarbeiter-Fachvereins.

Köhrleger.
 Der Fachverein der Köhrleger und Berufsgenossen tagte am 19. Oktober in Feuerstein's Salon. Die Tagesordnung lautete: 1) Vortrag des Herrn Köhrleger über Privateigenthum. 2) Diskussion. 3) Besprechung über das Winterberggügel. 4) Ver-

schiedenes und Fragelasten. Zu Punkt 1 schildert Herr Hohlwegler das Wort und schiedene zündet, auf welche Weise die besitzenden Klassen zu ihrem Eigentum gekommen. Es werde zwar immer gesagt, das Eigentum sei von Gott eingeseht, wenn man sich aber das ganze Gebahren der kapitalistischen Gesellschaft betrachtet, so wird man finden, daß dieselbe durch alle möglichen Mittel, durch Abzwadung an dem rechtlich verdienten Lohne der Arbeiter zu ihrem Eigentum, welches rechtmäßig der gesamten Gesellschaft gehörte, gekommen sei. Täglich sehe man, in welcher Weise die Lohnrückerei des Unternehmertums vor sich gehe, wie die Arbeitskraft der arbeitenden Klasse ausgenutzt werde, wie eine jede technische Neuerung an Maschinen tausende von Kräften brodlos macht, sie auf die Straße wirft und ihrem Elend überläßt, und dieses nur deswegen, um auf schnellstem Wege zu Reichthum zu gelangen und sich auf Kosten des Arbeiters ein recht angenehmes, behagliches Leben zu verschaffen, mögen dabei auch Tausende elendiglich verkommen. Redner schilderte ferner die Entstehung des ländlichen Eigentums, wie die Vorfahren und Ähnen unseres Junkertums als Raubritter und Begelegerer geplündert z., und sich auf diese Weise in Besitz von Ländereien, welche jetzt als ein von Gott eingesehtes Eigentum bezeichnet werden, gesetzt haben. Das Kapital nützt und beulet Alles aus, was nur irgend profitabel ist. Die Wissenschaft ist Monopol der Kapitalistenklasse, die Gelehrung ist vom Kapital in Beschlag genommen; die Gymnasien und höheren Lehranstalten, welche durch Steuern unterstützt werden, werden vom Kapital ausgenutzt. Der Dank, daß man hierzu Steuern entrichtet, besteht dann darin, daß man den Arbeiter auf alle nur mögliche Weise zu knechten und zu Inebeln sucht. Diese jetzigen Zustände sind auf die Dauer unhaltbar, es ist daher die Pflicht eines jeden Einzelnen, dahin zu streben und zu arbeiten, daß die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische beschleunigt werde. Darum ist es notwendig, daß ein jeder Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre, um sich zu bilden, sich selbst in derselben aufzuklären und in immer weiteren Schichten der Bevölkerung diese Aufklärung zu verbreiten. Nur durch Zusammenbruch des jetzigen Systems und Sozialisierung des ganzen Produktionsystems kann eine Aenderung des Privateigentums stattfinden. Behafteter Beifall wurde dem Herrn Referenten für seinen Vortrag zu Theil. An der Diskussion theilhaftete sich Kollege Redner und nachdem der Referent. Zu Punkt 3, Besprechung über das Wintervergnügen des Vereins, fand eine längere Debatte statt, da aber in den Wintermonaten fast sämtliche passende Lokalitäten, welche den Arbeitern zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zur Verfügung stehen, bereits vergeben sind, wurde beschlossen, von Abhaltung eines Wintervergnügens Abstand zu nehmen. Nach Erledigung des 4. Punktes der Tagesordnung machte der Vorsitzende auf die am 9. November stattfindende Generalversammlung des Vereins aufmerksam und schloß mit einem Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie die Versammlung.

Schlösser u. Maschinenbauer.

München. Am 19. Oktober hielt der Fachverein der Schlösser, Maschinenbauer und verw. Berufsangehörigen im Gasthaus zur „Ecke“ seine 3. Quartal-Versammlung ab. Nachdem der Rechenschaftsbericht verlesen, der von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Aus dem Bericht geht hervor, daß durch die Abhaltung unseres 1. Stiftungsfestes, welches am Sonntag, den 24. August im Gasthaus zur „Ecke“ stattfand, wobei wir einen Ueberschuß von nahezu 150 M. erzielten, der Kassenbestand in diesem Quartal ein bedeutend günstigerer ist, als am Schlusse des 2. Quartals. An Reiseunterstützung wurden in den letzten 3 Monaten 60 M. ausgezahlt. Leider müssen wir berichten, daß durch das saumselige Zahlen eine große Zahl Mitglieder ausgeschlossen werden mußte. — Es wurde die Neuwahl eines 2. Kassiers und eines 2. Schriftführers vorgenommen, wobei die Kollegen Georg Müller und Joseph Zehisch einstimmig gewählt wurden. In Verschiedenem forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, recht zahlreich unser Vereinsorgan, die „Metallarbeiter-Zeitung“, zu abonnieren. Es führte dieses zu einer Debatte, wobei sich verschiedene Kollegen dahin aussprachen, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen sei. Der Vorsitzende theilte nun mit, daß diese Frage schon seit Gründung des Vereins unter Schmerzankind sei, indem bei schon öfter wiederholten Anträgen sich die Mehrzahl der Mitglieder gegen das Obligatorium aussprach. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, diesen Punkt zur nächsten General-Versammlung, welche am

Schlusse des 4. Quartals statifindet, auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß für die nächste Zeit einige Vorträge in Aussicht genommen sind, u. A. wird Herr Dachtel über das Alters- und Invaliditätsgesetz sprechen. Herr Schriftsteller Reichenbach wird in zwei Vorträgen die Thema's behandeln: Die Arbeitstheilung und ihre guten wie ablen Folgen; Wesen und Bedeutung der Arbeit für die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft. — Die Vereinsbibliothek, welche in letzter Zeit vergrößert wurde, befindet sich jetzt im Vereinslokal, Gasthaus zum Fischerwirth, Westendlerstraße, und werden jeden Samstag Abend daselbst Bücher abgegeben. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthaus zum Ober-Dittl, Senblingerstraße 55, woselbst auch die Reiseunterstützung an Wochentagen von 8 bis 9 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 12 bis 1 Uhr ausgezahlt wird. — Jeder Metallarbeiter, der sich ausweisen kann, daß er in den letzten drei Monaten einem Fachverein angehört und dementsprechend seine Beiträge entrichtet hat, erhält 1 M. Unterstützung. Briefe zc. sind an den 1. Vorsitzenden August Egel, Rumpfstr. 36, 1, zu senden.

Mürnberg. In der am 27. September stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung des Fachvereins der Schlösser und Maschinenbauer wurden, nachdem die Wahl eines Schriftführers und Revisors vollzogen war, bei Punkt „Verschiedenes“ mehrere Uebelstände der Belozipedsfabrik von Frankenburg und Ottenstein bekannt gegeben. Dieselben sind folgende: Das Trinkwasser wird, bevor man es zum Trinken erhält, durch verschiedene Werkstätten geleitet, und ist dann so schlecht, daß es ungenießbar ist. Das Werkzeug ist ungenügend, die Ventilation wurde vom Fabrikinspektor für schlecht befunden und erhielt die Firma den Auftrag, bessere Ventilation zu schaffen. Herr Werkmeister Ziegler brachte eine Windflügelvorrichtung an der Transmissionsan, dieselbe sollte die Ventilation ersetzen, doch fand nicht einmal Herr Frankenburg daran Gefallen und mußte diese geniale Erfindung wieder abgenommen werden. Die Behandlung der Arbeiter seitens des Werkmeisters Ziegler ist zu tabeln. Die Bechrlingsausbeutung wird im größtmöglichen Maßstab betrieben und über die den Arbeitern abgezogenen Strafgebühren haben dieselben keine Kontrolle. Was aber dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist die Abschaffung der im Frühjahr bewilligten 10proz. Lohnerhöhung bei einem Theil der jüngeren Leute; es veranschaulicht dies wieder so recht die Hamantität der Herren Unternehmer; im Frühjahr bewilligte man höheren Lohn, weil man ein etwaiges Vorgehen der Arbeiter fürchtete, nachdem aber jetzt der Winter vor der Thür, die Geschäftskonjunktur eine schlechte ist, sucht man durch dieses Vorgehen einen Keil in die Einigkeit der Arbeiter zu treiben, indem die Herren meinen, wenn sie bloß einem Theil den Lohn kürzen, der andere Theil der Arbeiter hübsch brav ist. Nachdem die Versammlung die Ueberzeugung gewann, daß vorläufig in Anbetracht des schlechten Geschäftsganges und der ungünstigen Jahreszeit nichts gegen die Firma zu unternehmen sei, so fasste dieselbe den Beschluß: Das Vorgehen der Firma und die Uebelstände in der Fabrik der Deffentlichkeit zu übergeben.

Zinngießer.

Altona. Am 4. Okt. fand die vierteljährliche Generalversammlung des Fachvereins der Zinngießer von Altona und Umgebung statt. Die Tagesordnung war: Kassenbericht, Revisorenbericht und Revisoren-Wahl. Der Kassenbericht ergab einen Baarbestand von M. 88 54, was von den Revisoren Meber und Land bestätigt wurde. Als Revisoren für das neue Vierteljahr wurden gewählt: Hochstätter und Wittmann. Die Reiseunterstützung für huchschreibende Zinngießer beträgt 3 M. Dieselbe kann beim Kassier, Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr in Empfang genommen werden. Adresse des Kassiers ist: Richard Männel, Restauration G. Stange, Ottenstein-Altona. — Briefe sind zu richten an Josef Kirberg, Restauration Th. Hubert, Gr. Bergstr., Altona. — Unser Verein besteht zur Zeit aus 14 Mitgliedern.

München. In der Generalversammlung des Fachvereins der Zinngießer am 18. Oktober wurde, nachdem drei Mitglieder aufgenommen, Kassen- und Revisionsbericht erteilt, die Beschwerde des Kollegen Fiedenstein wider die Almann'sche Werkstätte bezw. den Werkführer G. Braun geregelt. Nachdem bewiesen war, daß die Angaben Fiedenstein's vollkommen wahr sind, beschloß leider die Versammlung, die in dieser Werkstätte noch herrschenden sauberen Zustände vorderhand nicht zu veröffentlichen. Weiter wurde über den Zinngießereibeißer Starzinger in Salzburg verhandelt. Infolge dessen werden alle Kollegen vor diesem Herrn gewarnt; derselbe stellte persönlich in München 3 Gehilfen ein, außerdem war er noch mit 2 anderen im

brieflichen Verkehr, während nur für einen Arbeit vorhanden ist. Es tritt hier klar zu Tage, daß sich Herr Starzinger — der, nebenbei gesagt, haustrecht von Metier ist — unter den 6 Arbeitern den passendsten herausucht und den anderen wieder den Laufpaß gibt, unbestimmt darum, daß er sie vorher aus ihren Stellen herausgerissen hat. Also nochmals Obacht vor diesem Herren, an uns darf er sich nicht mehr heran wagen.

Fellenhauer.

Altona. Der Streik der Fellenhauer dauert unverändert fort und bitten wir die Kollegen allerorts, ja den Zugzug streng fern zu halten und uns nach besten Kräften zu unterstützen, damit wir nicht unterliegen, denn wir haben einen schweren Kampf zu bestehen.

Chemnitz, 19. Oktober. Heute wurde hier eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Fellenhauer abgehalten. Unter Punkt 1 legte der Vertrauensmann Rechnung ab über die eingegangenen freiwilligen Beiträge zum Unterstützungsfond seit dem 1. Oktober v. J. und wurde dieselbe von den anwesenden Revisoren für richtig befunden erklärt. Ferner streifte der Vertrauensmann noch kurz die Streiks von Berlin, Offenbach, Ludwigshafen a. Rh., Nürnberg, Leipzig, Breslau und Remscheid und unsere Stellung in pekunärer Hinsicht zu denselben. Bei der vorgenommenen Wahl wurde unser seitheriger Vertrauensmann Schmiedel mit allen gegen vier Stimmen wiedergewählt. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Bifel das Wort und erstattete der Versammlung kurz Bericht über seine Stellung als Delegirter beim Delegirtenrat der Metallarbeiter Sachsens und hob hervor, daß die Organisation der Fellenhauer unvertretbar die älteste und auch beste in Bezug auf Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis sei. An der Diskussion theilhafteten sich hauptsächlich die Kollegen Preßler, Werthold, Schmiedel und Geithner. Ersterer entrollte ein Bild über die künstlerischen Bruderschaften im Gegensatz zu den heutigen Vereinen. Der Vertrauensmann erklärte noch den Zweck und Nutzen des Karten- und Markensystems und forderte die Kollegen auf, auch in Zukunft wie seither ihre Solidariät in der Arbeiterbewegung zu beweisen. Inzwischen war folgende Resolution eingegangen, welche auch einstimmig angenommen wurde: Die heutige öffentliche Fellenhauer-Versammlung ist mit den Beschlüssen des Chemnitzer Metallarbeiter-Delegirtenrat's einverstanden und erklärt, in jeder Hinsicht ihre Solidariät zu zeigen.

Leipzig. Allen Kollegen zur Kenntniß, daß unser Reise-Unterstützungsverein der Fellenhauer von Leipzig und Umgegend fortbesteht und wir mit dem Reiseunterstützungsverein der „Arbeitgeber“ und sogenannten Streikbrecher, welcher sich am 1. April d. J. gegründet hat, nichts gemein haben. Man lasse sich nicht irre führen durch die Plakate, welche dieselben auf den Bahnhöfen und den christlichen Herbergen ausgehängt haben. Es ist eine gemeine Lüge, welche von selbigen ausgesprengt wird, daß unser Verein nicht mehr existiere. Unser Arbeitsnachweis ist immer noch in Paul Ziegler's Restaurant, Mansfeldersteinweg Nr. 36. Die Geschenkauszahlung findet von 12—1/2 Uhr und Abends von 8—9 Uhr beim Kassier Hauwehde, Raundörfchen 17, statt. Auch warnen wir die Kollegen davor, in den Verein der „Arbeitgeber“ zu treten, indem sie sich selbst schädigen, da kein zweiter von der Sorte in Deutschland existirt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- (Fortsetzung.)
- Nr. 23040 Luigion Kemper.
 - 20858 Wilhelm Storbek.
 - 23087 Wippo Wegworth.
 - 28478 August Weber.
 - 28478 Robert Thbe.
 - 28529 Erik Friße.
 - 27925 Friedrich Sachtgen.
 - 29892 Max Faber.
 - 29886 Wilhelm Cornau.
 - 26158 Wilhelm Höfler.
 - 20920 Karl Wellen.
 - 27426 Jean Dorblit.
 - 29702 Johann Heß.
 - 8107 A. Pfanz.
 - 2138 Fr. Waque.
 - 3392 Heinz Gänßch.
 - 4166 Karl Bopp.
 - 4155 Gust. Jesch.
 - 4073 Theodor Koch.
 - 1974 Wilh. Diepe.
 - 8851 Karl Lampe.
 - 1440 Jul. Schmidt.
 - 4907 Heinz Kroner.
 - 1278 Pius Breitenbach.
 - 8236 Adolph Kosack.
 - 1931 Paul Reiser.

- 692 Fr. M. Reibler.
- 7179 Karl Schnepfer.
- 257 Aug. Montag.
- 6449 Dietr. Machholz.
- 4769 Mart. Räßfle.
- 3389 Aug. Hoffmann.
- 4988 Karl Hoffmann.
- 1218 Karl Sawegel.
- 3877 Mart. Balfet.
- 5719 Simon Knittel.
- 8224 Jol. Fißker.
- 9459 Gottlieb Jäger.
- 4184 D. Schauer.
- 9688 Christian Koppel.
- 4851 Karl Müller.
- 2878 Gust. Gerling.
- 7295 Friedr. Cöhre.
- 1748 Jakob Ruchbaum.
- 1204 A. W. Bebe.
- 892 Aug. Pfeiffer.
- 2361 Valentin Hod.
- 6883 Jol. Grünckel.
- 9297 Konrad Dienberger.
- 6770 Jol. Jarbauer.
- 7919 Jol. Schott.
- 7984 S. Kellermann.
- 8223 Alfred Bisher.
- 8289 Ludw. Michel.
- 2515 Theodor Dubbers.
- 781 Nikolaus Beder.
- 8042 Moriz Tricker.
- 1442 Th. Glöner.
- 4421 Adolph Kröger.
- 7891 Albert Prager.
- 93 Karl Olmann.
- 2410 Peter Falter.
- 2910 Engelberth Friedrich.
- 49 Ludw. Gerke.
- 48 Karl Gerke.
- 4204 Wilh. Bacher.
- 5918 Heinz Höll.
- 6221 Rob. Naumann.
- 12838 Albert Merl.
- 19781 A. Böckme.
- 18216 Ernst Hoffmann.
- 16248 Max Sagewald.
- 19435 Hermann Kühne.
- 16723 Herm. Vagenburger.
- 18828 Aug. Müller.
- 16020 Friedr. Hoffe.
- 16040 Aug. Rumpf.
- 18430 Hugo Gusef.
- 18379 Wilh. Höber.
- 18378 Aug. Art.
- 13812 Friedr. Schönfeldt.
- 14330 Jakob Demmel.
- 19248 Joh. Trimpelmann.
- 11276 Hermann Feder.
- 19092 Herm. Wlod.
- 15779 Aug. Stoßmeister.
- 18288 Paul Kramer.
- 17930 Adam Werner.
- 18918 Robert Runge.
- 18260 W. Hendrich.
- 12929 Joh. Dürschfeldt.
- 11750 Karl Nüttiger.
- 13654 Ernst v. d. Schmalz.
- 13593 Herm. Buchert.
- 13039 Karl Klaneßel.
- 17822 Chr. Müller.
- 10545 Johann Unthelm.
- 28222 Wilh. Gar.
- 28263 Jol. Hoffmann.
- 23141 H. Fath.
- 27655 Th. Plenger.
- 23318 Aug. Brodmüller.
- 29400 Jul. Diem.
- 22567 Rich. Wende.
- 22667 Ernst Bahne.
- 27037 Emil Nagmußen.
- 26249 Hugo Kemling.
- 26211 Ludw. Trauß.
- 20698 Max Sütge.
- 6050 G. Apelt.
- 27435 Albert Blasius.
- 20902 Anton Inhofen.
- 29600 Wilh. Zimmer.
- 20645 D. Bartholomäus.
- 27752 Chr. Mal.
- 26495 Karl Gabig.
- 26109 Heinz Schiller.
- 29711 Hugo Post.
- 23909 Fr. Schade.
- 22761 S. Döhs.
- 26117 F. Ueberhäuser.
- 24179 Georg Thalmann.
- 27567 Wilh. Meyer.
- 28621 Gust. Jaha.
- 25934 Theodor Keil.
- 21527 Chr. Wurm.
- 28790 Heinz Schröder.
- 28769 Friedr. Hofmann.
- 28774 Peter Kröger.
- 28789 Bernh. Kurbelski.
- 27387 A. Randalhard.
- 28942 Oskar Löwe.
- 26921 Gust. Meiche.
- 28323 Friedr. Wigger.
- 27134 Jol. Beder.
- 25998 Joh. Schlieper.
- 20500 Simon Sterg.
- 26888 Albert Dieg.
- 21051 Gust. Wemig.
- 27707 Max Müller.
- 25692 Georg Schmidt.
- 26307 Louis Kufe.
- 27093 Aug. Engelhardt.

- Nr. 27079 Julius Grotze. 27108 Jul. Stibel. 28416 Ludwig Birk. 28091 F. Röhler. 28515 Friedr. Koll. 28951 Johs. Fahr. 28856 Andr. Groß. 28459 Matth. Neubauer. 28314 Karl Gilling. 28741 Franz Mumpf. 21537 Sebastian Karl. 29095 Anton Gottwold. 29092 Paul Kauschke. 29864 Otto Hartung. 27798 Friedr. Vohr. 28479 Wilh. Dreher. 25886 Karl Mühr. 27485 Georg Roth. 27471 G. Zimmermann. 26887 Ludw. Müller. 21218 Karl Müller. 21808 Otto Röhler. 25747 W. Kappes. 26254 P. Schwerdtfeger. 27208 Gust. Urbach. 2334 Anton Eberle. 27681 Gust. Winkler. 28218 Wilh. Neßen. 5324 Wilhem Reich. 8684 Wilh. Michael. 6712 Gust. Götting. 6698 Hugo Hundt. 3087 Erich Riemann. 532 Otto Troitsch. 489 Eduard Hoff. 3202 Gust. Kerfin. 3180 Wilh. Nieve. 2998 Mich. Czabanski. 6239 Wilh. Schmidt. 3518 Wilh. Effer. 8176 C. Faust. 8888 G. S. Englert. 8938 Fritz Meyer. 8938 Georg Thot. 2005 Albert Meyer. 2857 Friedr. Thon. 7306 Chr. Steffen. 893 Heinz Krüger. 6877 Joh. Fleischmann. 3252 Joh. Kaufner. 8301 Johann Träger. 3321 Joh. Blaum. 7268 Fr. Brunner. 9593 Heinz Mastus. 3274 Otto Spönmann. 1176 Karl Schmidt. 184 Aug. Schomburg. 7957 Karl Schröder. 9550 J. Neunstiel. 1855 Fritz Röhler. 2628 Karl Pieper. 8449 Otto Rode. 7635 Karl Wamer. 5253 Joh. Glogbach. 4859 Wilh. Schorn. 3339 Karl Krause. 6958 G. Neff. 1540 Aug. Meins. 8923 G. Meis. 9264 Andr. Volkmann. 3650 Herm. Hellfritsch. 3691 Joh. Bügenberger. 3702 J. S. Joch. 3701 Friedr. Cipper. 3714 Joh. Pikel. 3719 Joh. Brandl. 3753 Chr. Siegel Schmidt. 3761 Ludw. Schmalia. 3851 Fr. W. Schulze. 9187 Adolph Wagner. 9219 Fr. Niedermeier. 9231 Joh. Wurzen. 740 Michael Ott. 793 Johannes Gotta. 765 Sebastian Scherer. 7792 Gust. Heiniz. 5849 Karl Diebel. 7481 Wilh. Kummer. 2226 Otto Schulze. 6013 Johann Fortmeier. 6022 Georg Neumeister. 2836 Karl Feger. 3860 Aug. West. 1214 Joh. Schwab. 2028 Wilhelm Jakob. 2867 Hub. Loh. 3708 Valentin Heeb. 7273 Robert Hehl. 7254 Karl Heider. 7245 Otto Ebel. 7240 Herm. Schaumberg. 7257 D. Dünnwald. 3822 Rob. Hannefurth. 4478 Ferd. Birg. 7355 Heinz Ludwig. 5386 Wilh. Schmitt. 28548 Joh. Schmitt. 27572 Georg Lehmann. 25795 Andr. Borglinden. 22995 D. Schättemier. 29331 Georg Wieson. 27037 Engelb. Schuol. 28836 Franz Kern. 26845 Heinz. Messior. 29464 Michael Schurrer. 27830 Karl Gruschinski.

- Nr. 25140 Max Herrt. 2216 Joh. Köhler. 28712 Aug. Bayer. 27534 Karl Wermann. 29345 Paul Hilbrand. 26808 Herm. Gemig. 27638 Gottlieb Hendel. 27846 Paul Hentschel. 27842 Karl Jona. 28709 Friedr. Kille. 27332 Friedr. Koch. 29712 Ferd. Kressmar. 26802 Friedr. Maabe. 27848 Franz Marklin. 29713 Fr. v. Passarge. 26811 Herm. Schmidt. 27819 Aug. Rogenthen. 27850 Gust. Wollschläger. 22458 Heinz. Gorr. 29036 Emald West. 26815 Albert Höfler. 27598 Hermann Helmen. 28386 Wilh. Gockmann. 28960 Arno Michael. 21162 Heinz. Richter. 25555 Brauren Werth. 17145 Aug. Kapper. 11434 Heinz. Lubwig. 13683 Jakob Morhard. 16531 Friedr. Schäffer. 16527 Georg Neumann. 15185 Franz Wülfel. 15483 Karl Risch. 18388 F. Schöneburg. 18831 Rob. Büchler. 18414 Georg Gusch. 19197 Fr. Wejnede. 16435 Gust. Hofstätten. 12642 Heinz. Thiel. 12646 Wilh. Wambach. 16044 Wilh. Gharbt. 12641 Heinz. Schüller. 16409 Jean Gubner. 12018 Otto Richter. 14420 Chr. Köpfe. 14423 Fritz Mandelkow. 14539 Heinz. Wersfen. 10556 Hans Wp. 10527 Aug. Lohmann. 10059 G. Schmidt. 16751 Karl Böhme. 14373 Gust. Ebbel. 18215 Wilh. Großmann. 19579 Ludw. Fehrmann. 17487 Franz Heinz. 17711 Herm. Wunderwald. 10530 Herm. Scharrer. 11440 Johannes Herzig. 26198 Hub. Dannenberg. 18979 Louis Sachbarth. 12378 F. Welershausen. 10373 C. Haberecht. 10118 C. Pnierinn. 18992 Karl Meyer. 14901 Heinz. Schachtlich. 14749 Andr. Rumpf. 11872 Friedr. Madan. 13619 Karl Duitowiz. 14876 Bernhard Schlupphorst. 11547 Friedr. Schlee. 16324 Wilh. Tausch. 15733 Karl Rindel. 16748 Gottl. Tillmann. 15294 Friedr. Kaiser. 15266 Emil Kemscheid. 10324 Theodor Oberhaus. 17670 Aug. Wolf. 15666 W. Scherrer. 11115 Aug. Bachmann. 19801 Johann Mülling. 13960 Wilh. Bergmann. 18537 Heinz. Weder. 13290 Wilh. Holz. 19056 Georg Langmad. 16265 Math. Bogler. 14766 Aug. Frasse. 14258 Robert Weder. 14203 Robert Dohje. 14748 Ernst Horst. 16593 Robert Kreuz. 16417 Wilh. Nette. 19713 Wilh. Müller. (Schluß folgt.)

Bekanntmachung.
Alle für den Ausschuss der „Allgemeinen“ und „Dulkan“ bestimmten Sendungen sind von jetzt ab an folgende Adresse zu richten: **Chr. Ostermann, Wolfslamp Nr. 5, Braunshweig.**

Litterarisches.
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 4. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wie die Bourgeoisie ihrer Revolution gedenkt. Von G. Plechanow. Deutsch von G. Kritschewsky. — Briefe aus England. — Die Sachsendgerei. Von Max Schippel. — Der sozialdemokratische Barren. — Notizen: Ueber künstliche Befruchtung. — Die

Auswanderung. — Litterarische Rundschau: „Almanach de la Question Sociale“ — Feuilleton: Später. Soziale Studie von Minna Kantsch.

Vereins-Anzeigen.

Bremen. (Former-Fachverein.) Sonntag, 2. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hoshagen, Lannenp. Nr. 18, Generalversammlung. Tagesordnung: Vorstandswahl. Abrechnung des 1. Kassierers. Statutenänderung. Stiftungsfest. **Frankfurt.** (Metallarbeiterverein.) Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 5. November statt. **Hannover.** (Metallarbeiter-Unterstützungs-Kasse.) Folgende Personen reisen auf falsche Mitgliedsbücher und heimlich Unterstützung ein: Weltmann aus Bayenthal b. Götting und Wirscheid aus Götting. — Die Wohnung unseres Kassiers befindet sich jetzt Paulplatz 42. **Hamburg.** (Fachverein der Selbstthätigen und Gärtler.) Mittwoch, 5. Nov., Abends halb 9 Uhr bei v. Salzer, Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Böckmann über „Erziehung und Wirkung der Wärme“. Die Einführung von Damen ist gestattet und erwünscht. **Hannover.** (Metall-Industrie-Verein.) Montag, 3. November, im großen Saale des Ballhofes Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Wir ersuchen die Mitglieder pünktlich am Plage zu sein, damit die Versammlung präcis halb 9 Uhr eröffnet werden kann. **Hannover u. Umgegend.** (Verein der Former u. v. d.) Sonntag, 2. Nov., in den Sälen des „Deon“, 5. Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Theater. Program für Herren 25 Bfg., für Damen 15 Bfg. Anfang 6 Uhr. Alle Freunde und Bekannte werden ergebenst eingeladen. Das Komitee. **Homburg.** Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am Sonntag, 2. November, im Saale zur goldenen Rose. Tagesordnung: Die Lage der Metallarbeiter. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation und die Form derselben. Der Arbeitsnachweis und die Reiseunterstützung. Wahl eines Vertrauensmannes. Fragekasten. **Kiel.** (Unterstützungsverein der Former u. v. d.) Sonntag, 9. November, im Vereinslokal, Alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. Wahl eines 1. Vorsitzenden. Verschiedenes. **Magdeburg.** (Fachverein der Feilenhauer.) In der letzten Versammlung wurde beschlossen, daß die Kollegen, welche einem Verein nicht angehören, vom 1. Nov. an keine Unterstützung mehr erhalten. **München.** (Fachverein aller Arbeiter der Feilenzeugbranche.) Sonntag, 2. November, Vorschlag: „Silberner Tisch“, D. A. Schlegelgasse. **München.** (Fachverein aller Arbeiter der Feilenzeugbranche.) Es wird den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die Sperre über das Geschäft des Herrn Gattlinger aufgehoben ist. Zugleich bringen wir den Arbeitsnachweis in empfehlende Erinnerung. Derselbe ist geöffnet Dienstag und Donnerstag Abends von 8-9 Uhr, Sonntag früh von 11-12 Uhr im Vereinslokal. Mehrere Stellen sind zu besetzen. **München.** (Fachverein d. Schmiede u. v. d.) Samstag, 8. November, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal Mitglieder-Versammlung. Fortsetzung des Vortrags: Unterricht über Hufbeschläge. Die sonstige Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht. — In der am Samstag, 25. Oktober, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, daß diejenigen Schmiede, welche einem Fachverein nicht angehören, keine Reiseunterstützung bekommen; Fachvereinsmitglieder bekommen 1 Mk. ausbezahlt. — Sonntag, 9. November, Vorschlag in das Vereinslokal, Wirtshaus zum Hammerthal, Nachmittags 4 Uhr. **Offenbach a. M.** (Fachverein der Metallarbeiter.) Montag, 3. November, Abends halb 9 Uhr, im Saale der „Stadt Heilberg“, Mitglieder-Versammlung. Die reisenden Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Beiträge zu entrichten, da wir sonst gezwungen sind, dieselben öffentlich unter Namensnennung durch die Fachzeitung zu mahnen. **Schilling-Doos.** (Fachverein der Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen.) Samstag, 8. November, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Mattolische Wirtshaus, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Vorträge: Verschiedenes und Fragekasten. **Weimar.** (Metallarbeiter-Fach-

verein.) Dienstag, 4. November, in Köhn's Restaurant, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Lokalfrage. — Der Kiepenhergehilfe Herrn. Gebhard ist hier zugereist, hat Unterstützung genommen, ist in Arbeit getreten, hat sich aber dem Fachverein nicht angeschlossen. Wir bitten, denselben ev. keine Reiseunterstützung auszugeben.

Anzeigen.

Verlag von G. J. Neit in Weimar.
K Handbuch für **Kupferschmiede.**
Nebst den nöthigen Belehrungen über die Erzeugung und Behandlung des **Kupfers.**
Herausgegeben von **F. Höhne in Weimar und G. W. Nösling in Ulm.**
Zweite neu bearbeitete Auflage von **Chr. Schröder, in Erfurt.**
Mit Atlas von 12 Folio-Tafeln.
gr. 8. 7 Mark 50 Pf.
Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Aufforderung! Nachdruckrechte Kollegen haben aus unserer Bibliothek Bücher entnommen und dieselben bei ihrer Abreise nicht zurückgegeben: Carl Schmidt, Schlosser aus Königberg, geb. 8. August 1871; Hubert Meichenberger aus Kulmbach, geb. 15. Dez. 1871. Dieselben werden aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Kollegen aberorts werden ersucht, im Falle die selben irgendwo auftauchen, sie an ihre Pflicht zu erinnern.

Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer Nürnberg.
W. Huber, Bibliothekar, Fenslerplatz 1.

Aufforderung. Der Former Julius Joh aus Kurzenau wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen den Formerfachverein Bremerhaven und Umgegend nachzukommen.

Der Schlosser Emil Brod wird hierdurch aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen den Verein in kürzester Frist zu erfüllen.

Metallarbeiter-Fachverein Garburg a. d. E.

Ich ersuche alle Kollegen, vom 3. November bis 15. Dezember keine Briefe, hauptsächlich agitatorischer Natur, an mich zu richten, indem ich während dieser Zeit eine Gefängnisstrafe, Fahrkartenbeileidigung betreffend, zu verbüßen habe.
Mit kollegialem Gruß!
Ernst Grenz.

Das **Protokoll** des **Allgem. deutschen Metall-Arbeiter-Congresses** und der Congresse der **Klempner, Schlosser u. Former zu Weimar 1890**
ist erschienen. Dasselbe umfaßt 6 Bogen gleich 96 Seiten. Preis 20 Pf.
Da nach Erledigung der bereits eingegangenen Bestellungen noch ein ziemlich großer Vorrath vorhanden, so bitten wir um weitere zahlreiche Bestellungen.
Um Zeitverlust zu vermeiden, sind alle Geldsendungen für das Protokoll, getrennt von Abonnementgeldern für die „Metallarbeiter-Zeitung“, an die Privat-Adresse von **J. Scherm, Camerariusstr. 4, III, r., Nürnberg,** zu adressiren.
Beträge bis zu 1 Mk können auch in Briefmarken eingekassirt werden. Für einzelne Exemplare ist außerdem eine 5-Pf. Marke für Porto beizulegen.
Die Herausgeber.